

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Einzelgenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. • Postvorschriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriaplatz, 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Teleg.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Die Bergarbeiterverbände fordern:

Das Reich muß der Knappschafft helfen!

Große Kundgebung in Gelsenkirchen.

Die Reichsknappschafft ist in Gefahr! Steigende Ausgaben und der Rückgang der Einnahmen sowie das Ausbleiben der Reichszuschüsse haben die knappschafftliche Versorgung in eine schwere Finanznot gebracht. Was die Bergarbeiter ihrerseits tun konnten, um den finanziellen Zusammenbruch zu verhindern, ist geschehen. Ihre Kraft und ihr Willen allein reichen aber nicht aus, die ungeheuren Schwierigkeiten zu beheben. Es gibt daher nur einen Ausweg: Das Reich muß helfen!

Um diese Forderung der Öffentlichkeit und der Regierung erneut mit allem Nachdruck zu unterbreiten, hatten die vier Bergarbeiterverbände am 8. Februar zu einer großen Kundgebung in Gelsenkirchen aufgerufen. Mehr als 2000 Knappschafftsälteste und Bergarbeitervertreter waren diesem Ruf gefolgt. Geleitet wurde die Konferenz vom Gewerkeinsvorsitzenden Imbusch, während Husemann, der Vorsitzende unseres Verbandes, den Stand der Knappschafftsfrage und die Forderungen der Bergarbeiter in nachstehendem Sinne darlegte. Am Schluß der Konferenz wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 8. Februar 1931 in Gelsenkirchen versammelten Vertreter der vier Bergarbeiterverbände (Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter, Gewerkeverein Hirsch-Dunker, Pölnische Berufsvereingung) nehmen mit großem Bestreben davon Kenntnis, daß die von den Vertretern des Reichsarbeitsministers in der Hauptversammlung der Reichsknappschafft am 22. November 1930 zugesagte Hilfe der Pensionsversicherung der Reichsknappschafft nicht in vollem Maße zuteil werden soll. Nach den Opfern, die die Bergarbeiter in Deutschlands schwerster Zeit der Allgemeinheit gebracht und nach den Umständen, unter denen die Reichsknappschafft zur Beitragsentlastung in der Pensionsversicherung gelegentlich der Aenderung der Leg Brünning angehalten wurde, dürfen sie eine ausreichende Hilfe erwarten. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände weisen Regierung, Reichstag und die Öffentlichkeit erneut darauf hin, daß nicht übermäßig hohe Leistungen, sondern andere Umstände die in der Knappschafft organisierte Selbsthilfe der Bergarbeiter ins Wanken gebracht haben. Aus Krieg und Inflation, der Abtretung von Bergbaugebieten nach dem Versailler Friedensvertrag und aus dem Ausscheiden einer großen Zahl von Betrieben aus der Knappschafftspflicht sind der Knappschafftsversicherungsleistungen Ursachen entstanden, die zu tragen man unmöglich den Bergarbeitern allein zumuten kann. Hier muß die Allgemeinheit, das Reich helfen!

Neben den Ursachen, die der Knappschafft aus den angeführten Gründen entstanden, sind es auch die Ursachen, die durch übersteigerte Rationalisierung bedingt wurden. Sie sind durch Beitragssteigerung pro Kopf eines beitragszahlenden Pensionskassenmitgliedes nicht zu decken. Die Zahl der Bergarbeiter ist infolge der fortschreitenden Mechanisierung immer mehr zurückgegangen und wird sich noch mehr verringern. Ist doch z. B. im Ruhrgebiet die Zahl der bei der Kohlergewinnung angewandten Bohrhämmer, Abauhämmer und anderer Maschinen von 10 953 im Jahre 1913 auf 124 851 im Jahre 1929 gestiegen. Die zunehmende Anwendung von Maschinen entlastet leider nicht den einzelnen Bergarbeiter von schwerer körperlicher Anstrengung. Sie vergrößert sie und zwingt ihm ein Arbeitstempo auf, das geeignet ist, seine Gesundheit noch früher als sonst zu untergraben. Dies beweisen die steigenden Erkrankungs- und Sterbeziffern der Bergarbeiter an ihren typischen Berufskrankheiten, die zum Teil bis zu 200 Prozent und mehr gegenüber früher gestiegen sind. Die Opfer dieser Entwicklung können nicht rückwärtslos übergangen werden. Bei gutem Willen gibt es genug Mittel und Wege, um der Knappschafft zu helfen. Einer davon ist die Erhebung einer Abgabe vom geförderten Produkt. Es wäre dies nicht das erste Mal in der Geschichte der Knappschafft, daß eine solche Abgabe für sie geleistet würde. Im Gegensatz zur Verminderung der Belegschaften ist das Produktionsergebnis ständig gestiegen. Soll bei den Bergarbeitern nicht das bittere Gefühl aufsteigen, daß Regierung und Reichstag ihrem tragischen Geschick nicht das notwendige Verständnis entgegenbringen, dann dürfen Regierung und Reichstag die Knappschafftsversicherungsleistungen nicht verschlechtern oder gar zusammenbrechen lassen.

Die Bergarbeiter und ihre Vertreter, die Knappschafftsinvaliden, Witwen und Waisen erwarten daher, daß alles getan wird, um der Knappschafft die notwendigen Mittel durch Reichszuschüsse oder durch Erhebung einer Produktionsumlage zu sichern.“

Kamerad Husemann

führte aus:

Bei Schaffung des Reichsknappschafftsgesetzes und Gründung der Reichsknappschafft hat wohl niemand von uns daran gedacht, daß die Reichsknappschafft nach kaum sechs Jahren in derart große Schwierigkeiten kommen würde, wie es zur Zeit der Fall ist. Als die Reichsknappschafft geschaffen wurde, war der Beschäftigungsstand ein sehr günstiger. Als der Gesetzentwurf im Reichstag zur Beratung stand, zählten wir im deutschen Bergbau fast eine Million Bergarbeiter. Bei Inkrafttreten des Gesetzes wurden rund 730 000 Belegschaftsmitglieder festgestellt. Leider wurden damals insofern Fehler gemacht, daß sehr viele Werke von der knappschafftlichen Versicherung befreit wurden, die bis 1924 einer knappschafftlichen Versicherung

angehört haben. Man nahm der Reichsknappschafft sofort eine größere Anzahl Beitragszahler, beließ ihr aber die aus der Beschäftigung bei diesen Werken hervorgegangenen Leistungsempfänger.

Auch die Abtretung verschiedener Ländergebiete durch den Versailler Friedensvertrag schlug einzelnen Bezirksknappschafften tiefe Wunden. Selbst die vorübergehende Lösung des Saargebietes von Deutschland wirkte ungünstig auf die Entwicklung der Reichsknappschafft ein. Die rückläufige Entwicklung der Belegschaftsmitglieder in allen Bergbaurevieren seit 1924 und besonders seit 1927 hat auf die Reichsknappschafft geradezu katastrophal gewirkt. Der Höchststand der Mitglieder der Reichsknappschafft wurde am 1. Januar 1927 mit 748 755 gezählt. Von 1927 ab sehen wir nun eine fallende Tendenz, die am 1. Oktober 1930 ihren Tiefstand mit 604 394 Mitgliedern erreichte und zur Zeit noch tiefer liegen dürfte.

Die Technisierung und die Rationalisierung des Bergbaues hat im Laufe der Zeit mehr als

300 000 Bergarbeiter aus ihrem Beruf

herausgedrängt. Die maschinelle Entwicklung hat von drei Bergarbeitern einen brotlos gemacht. Die Technisierung hat somit der Reichsknappschafft ungeheuren Schaden zugefügt, und zwar ist die Reichsknappschafft in doppelter Hinsicht geschädigt worden, indem einerseits die Zahl der Invaliden erheblich vermehrt wurde. Dem Rückgang der zahlenden Mitglieder in der Reichsknappschafft steht aber andererseits eine Vermehrung der Leistungsempfänger gegenüber. Die Knappschafft, die am 1. Januar 1924 nur 63 383 Berufsinvaliden zählte, hat heute rund 175 000 Leistungsempfänger aufzuweisen. Hierbei sind die 23 000 Alterspensionäre noch nicht mitgezählt. Die Zahl der Alterspensionäre ist im Abnehmen begriffen. Ich glaube, daß bei einer genauen Untersuchung auch hier noch viele Berufsinvaliden zu finden sein dürften. Die Gegner der Sozialversicherung behaupten nun oft, daß die „hohen“ Renten in der Reichsknappschafft einen Anreiz dazu geben würden, sich invalidisieren zu lassen. Ich glaube, daß dieses nur Menschen behaupten können, die von den wirklich gezahlten Renten in der Reichsknappschafft keine Ahnung haben. Deshalb will ich zunächst einmal feststellen, daß die Durchschnittsrente in der Reichsknappschafft 63 M. im Monat nicht übersteigt und daß im Ruhrgebiet bei 25 Dienstjahren eine Rente von 84,50 M. gezahlt wird. Sollte ein Ruhrbergmann so glücklich sein, 35 Dienstjahre zurückzulegen, dann hat er einen Anspruch auf 95 M. Rente im Monat. In anderen Bezirksknappschafften ist sie wesentlich niedriger. In Mansfeld und Gießener beträgt sie bei 25 Jahren nur 58 M., bei 35 Jahren nur 64 M.

Der Behauptung, daß die „hohen“ Renten den Anreiz zur Invalidisierung abgeben, steht die Tatsache entgegen, daß die Zahl der Witwen in der Reichsknappschafft im Steigen begriffen ist. 1924 hatte die Knappschafft 84 543 und am 1. Oktober 1930 über 100 000 Witwen zu betreuen. In dieser Zahl spiegelt sich so recht die Schwere des Berufs, verbunden mit den gesundheitlichen Gefahren des Bergbaues, wider. Eigenartig berührt wird man auch, wenn man feststellt, daß in der Reichsknappschafft nur noch 58 000 Bergarbeiter versichert sind, die das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben, daß die Zahl der versicherten Bergarbeiter vom 45. bis zum 50. Lebensjahr nur 57 000 und der vom 40. bis 45. Lebensjahr nur 69 000 beträgt. Aus diesen Zahlen ist mit aller Deutlichkeit zu ersehen, wie früh der Bergmann durch seine schwere Arbeit verbraucht ist.

Die Zahl der zu betreuenden Waisen ist in den letzten Jahren von 86 000 auf 58 000 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Kriegswaisen inzwischen größtenteils das 15. Lebensjahr überschritten haben. Wenn man nun die Zahl der Witwen und Waisen in Boll-invaliden umrechnet und 5 Witwen als 3 Invaliden und 5 Waisen als einen Invaliden zählt, dann hatte die Reichsknappschafft am 1. Januar 1924 122 000 und am 1. Oktober 1930

270 000 Invaliden

zu betreuen. Das ist mehr als eine Verdoppelung. 1924 entfiel auf 5,92 und am 1. Oktober 1930 auf 2,2 zahlende Mitglieder ein Invalidenrentenempfänger.

Diese ungeheure Verschiebung im Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern hat sich besonders im letzten Jahre in den Bezirksknappschafften vollzogen, die bisher noch sehr zahlungsfähig waren. Die Ruhrknappschafft hat beispielsweise vom 31. Dezember 1929 bis 1. Oktober 1930 rund 98 000 Mitglieder verloren, dagegen aber eine Zunahme von fast 7000 Berufsinvaliden und 2000 Witwen zu verzeichnen. Die Niederrheinische Knappschafft, die zu den kleinsten zählt, hatte in derselben Zeit, also in neun Monaten, einen Mitgliederverlust von 1385, aber einen Zugang von 264 Invaliden und 41 Witwen. Die zweitstärkste Bezirksknappschafft, die oberschlesische, hat in neun Monaten rund 17 000 Mitglieder verloren, aber fast 900 Invaliden und 200 Witwen mehr zu betreuen. Die Hallesche

Knappschafft, die wohl mit zu den besten zählt, hat vom Januar bis Oktober 1930 einen Rückgang von 4500 Mitgliedern und eine Vermehrung des Invalidenbestandes von 800 zu verzeichnen. In der Niederschlesischen Knappschafft ging die Mitgliedschaft von 31 000 auf 27 500 zurück, während die Zahl der Berufsinvaliden um 800 und die der Witwen um 200 stieg. Ich habe hier nur einige von den 16 Bezirksknappschafften herausgegriffen, um ein Bild von der Entwicklung zu geben. In sechs Bezirksknappschafften entfällt auf noch nicht zwei zahlende Mitglieder ein Invalide und in der Gießener Knappschafft entfällt schon auf 0,9 zahlende Mitglieder ein Invalidenrentenempfänger!

Kameraden! Eine solche Entwicklung hält die finanziell gefährdetste Versicherung nicht aus! Die Bergarbeiter haben sich zur Sicherung ihrer Knappschafft schon längst zu großen Opfern bereit gefunden. Ihre Solidarität gegenüber den alten Invaliden, Witwen und Waisen kennt kaum eine Grenze. Sie zahlen 5,1 Prozent ihres Lohnes als Beitrag zur knappschafftlichen Pensionskasse. Hinzu kommen noch die Beiträge für die Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung. Durchschnittlich zahlt jeder Bergmann von seinem fargen Lohn

15 bis 17 Prozent an die Sozialversicherungsträger.

Das ist ein Maß, das kaum noch überschritten werden kann. Wenn trotzdem die Knappschafft in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, dann ist das nicht darauf zurückzuführen, daß die Knappschafftsmitglieder keine Beiträge zahlen wollen, sondern es spielen Dinge hinein, für die die Bergarbeiter keine Verantwortung tragen und für die man sie aber auch unter keinen Umständen leiden lassen darf.

Ich darf wohl darauf hinweisen, daß schon im Jahre 1929 sich die ersten finanziellen Schwierigkeiten bei der Reichsknappschafft bemerkbar machten. Auf Drängen der Organisationen ist es damals gelungen, vom Reich Hilfe zu erhalten. Eindringliche Entschließungen, die die beiden größten Bergarbeiterverbände auf ihren Generalversammlungen zur Debatte stellten und die einstimmig angenommen wurden, leiteten die Verhandlungen mit der Regierung ein und der Reichstag änderte die Leg Brünning ab. Bis dahin mußte nach der Leg Brünning die Freigrenze der Lohnsteuer heraufgesetzt werden, wenn das Lohnsteuerauskommen im Reich 1300 Mill. M. im Jahre überstieg. Durch die Aenderung wurde die Freigrenze nicht heraufgesetzt, sondern es wurde vielmehr der über 1300 Mill. M. hinausgehende Betrag aus der Lohnsteuer der Sozialversicherung überwiesen. Davon sollte die Reichsknappschafft pro Jahr 75 Mill. Mark und den Rest die Reichsinvalidenversicherung haben. Für das Jahr 1929 erhielt die Knappschafft den vollen Betrag von 75 Mill. M. Davon wurden 66 Mill. M. für Beitragsentlastung und nur 9 Mill. M. zur Rücklage verwandt. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1930 bekam die Knappschafft aus der Leg Brünning aber nur 10,5 Mill. M. Die ungeheuerliche Wirtschaftskrise mit ihren furchtbaren Begleiterscheinungen an Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Feiertagsentlohnung brachte es mit sich, daß die Lohnsteuer nicht mehr über 1300 Mill. M. ergab und daß die Quelle aus der Leg Brünning zur Reichsknappschafft vollständig verpöchte. Die Knappschafftsversicherungsstelle deckte die monatlichen Fehlbeträge durch Verpfändung von Wertpapieren und sie wurde außerdem noch Kostgänger der knappschafftlichen Krankenversicherung.

Am 1. Vierteljahr 1930 war die Gesamteinnahme in der Pensionsversicherung einschließlich der Leg Brünning noch 51,7 Mill. M., die Ausgabe 48,6 Mill. M., es war also ein Ueberschuß von 3 Mill. M. zu verzeichnen. Am 2. Vierteljahr sank die Einnahme auf 42 Mill. M., während die Ausgabe 49,8 Mill. Mark betrug. Dadurch entstand ein Defizit von 7,8 Mill. M. Das 3. Vierteljahr brachte nur noch eine Einnahme von 31,1 Mill. M., der eine Ausgabe von 50,4 Mill. M. und ein Defizit von 19,3 Mill. M. gegenüberstand. Das letzte Vierteljahr 1930 wies noch eine weitere Verminderung der Einnahmen auf, während die Ausgaben weiter gestiegen sind. Man kann, da die Zahlen noch nicht genau vorliegen, mit aller Bestimmtheit annehmen, daß das Jahr 1930 für die Reichsknappschafft einen

Fehlbetrag von über 50 Millionen Mark

erbrachte. Der Vorstand der Reichsknappschafft sah sich gezwungen, aus eigener Entschließung heraus Maßnahmen zu ergreifen — die auch von allen Verbänden gebilligt wurden —, um diesen Fehlbetrag zu mildern. Die Leistungen wurden ab 1. Jan. 1931 dort, wo Ueberschneidungen von Lohn und Pension oder beim Bezug mehrerer Pensionen vorliefen, gekürzt. Die vorgenommenen Kürzungen machten etwa 10 Prozent der Gesamtausgabe aus. Diese Maßnahmen aber allein sind nicht geeignet, das große Defizit zu beseitigen. Bei dem Betrag von 8,5 Prozent des Lohnes für Arbeiter und Unternehmer ist mit einer Beitragseinnahme von nur 110 bis 115 Mill. M. im Jahre 1931 zu rechnen. Die Gesamtausgaben werden sich nach Abzug der Leistungskürzungen, die durch Satzungsänderungen ab 1. Jan. 1931 vorgenommen wurden, auf 195 bis 200 Mill. M. stellen. Es bleibt der Reichsknappschafft also ein Defizit von 85 bis 90 Mill. M. im Jahre 1931 zu decken.

Kameraden, das ist eine ungeheure Summe! Man glaubt sich wieder in die Zeiten der Inflation zurückversetzt, wenn man solche Beträge nennen muß. Es mühten, um den Fehlbetrag zu decken, die Beiträge um 6,5 Prozent, also von 8,5 auf 15 Prozent nur für die Pensionskasse erhöht werden. Der Gedanke ist so ungeheuerlich, daß keiner den Mut haben wird, an die Verwirklichung zu denken. Das würde bei den sprichwörtlich

niedrigen Löhnen, die die Bergarbeiter für ihre schwere Berufsarbeit erhalten, für diese Berufsklasse den Untergang bedeuten.

Wir haben uns vergebens gegen die Lohnkürzungstendenzen der letzten Zeit zur Wehr gesetzt. Fast in allen Bergrevieren ist trotz unseres Widerstandes der Lohn bis zu 6 Prozent und mehr gekürzt worden. Sollte jetzt durch eine Beitragserhöhung um 6,5 Prozent eine weitere Kürzung des zum Lebensunterhalt bestimmten Einkommens der Bergarbeiter eintreten, dann würde das Leben für die Bergarbeiter unerträglich werden. Wollten wir jedoch, um die Knappschafft zu sanieren, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang bringen, würde das eine weitere

Kürzung um 40 Prozent

bedeuten. Dieses in die Wirklichkeit umgesetzt, bedeutete den Hungertod für viele Knappschafftsinvaliden, Witwen und Waisen. Es würde bedeuten, daß dann die Wohlfahrtsfürsorge der Kommunen wieder einlezen und den notleidenden Angehörigen der Bergarbeiter helfen müßte. Ich will hier mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß nach der Lohnkürzungsaktion weder eine Beitragserhöhung noch eine Kürzung der Renten die Sanierung der Knappschafft herbeiführen kann. Es müssen andere Wege beschritten und andere Mittel gesucht werden, um die Reichsknappschafft in ihrer Notlage und damit auch den Bergarbeitern und deren Familien zu helfen.

Es entsteht nun die Frage, auf welcher Weise der Fehlbetrag in der Reichsknappschafft gedeckt werden soll. Ich sage im Bewußtsein der vollen Verantwortung und im Namen der vier Bergarbeiterverbände und der gesamten Bergarbeiterschaft nur einen einzigen Satz:

Reichsregierung, du mußt helfen!

Ich spreche diese Worte im Namen der Bergarbeiter, im Namen der Invaliden, Witwen und Waisen nicht nur als Bitte aus, sondern ich erhebe sie zur Forderung, denn ich bin davon überzeugt, daß die Reichsregierung die Pflicht hat, zu helfen. Die Bergarbeiter haben für alle ihre dem Volksganzen geleisteten Dienste niemals Dank, niemals aber auch eine Sonderstellung verlangt. Daß sie mehr als alle anderen Berufe gearbeitet und gelitten haben, wird keiner bezweifeln können. Ich erinnere nur daran, wie die ausgehungerten Bergarbeiter nach dem Kriege, um dem deutschen Volke Kohle, Licht und Wärme zu bringen, Heberischkeiten verfahren haben. Ich erinnere daran, daß die Bergarbeiter es waren, die es Deutschland ermöglichten, die notwendigen Mengen Reparationskohle an den früheren Feindbund zu liefern. Ich darf daran erinnern, daß es wiederum die Bergarbeiter waren, die 1923 beim Ruhr-Einbruch der Franzosen in entschiedener Abwehr standen und durch Mehrarbeit wirtschaftliche Notordnungen vollbrachten. Wenn wir jetzt mit der Forderung an die Regierung herantreten, der Reichsknappschafft nicht nur einmal, sondern laufend Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen, dann tun wir es deshalb, weil man von dem Bergmann nicht verlangen kann, daß er über seine Kräfte hinaus Beiträge zur Sozialversicherung, also zur Reichsknappschafft, zahlt. Der Bergmann kann nicht Lasten tragen, die über seine Kräfte hinausgehen, Lasten, die durch den Krieg und die Inflation in zweifacher Hinsicht auf den Bergarbeitern ruhen. Würde die Knappschafft ihre Vermögenswerte aus der Vorkriegszeit noch haben und würde die wirtschaftliche Entwicklung nicht solche Formen, wie sie von mir gekennzeichnet wurden, angenommen haben, dann würde die knappschafftliche Versicherung auch weiterhin glänzend dastehen. Die Regierung hat ja schon 1929 eingesehen, daß der Reichsknappschafft wirksam geholfen werden müßte. Ich führe dafür die Hilfe aus der Veg Brünning an. Da diese Quelle nunmehr verstopft ist, so muß eine andere Quelle angebohrt werden. Man muß dem Bergmann helfen, denn nach der Statistik der Ruhrknappschafft ist dieser

mit dem 48. bis 50. Lebensjahre bergfertig

und er kann seiner Arbeit nicht mehr nachgehen, weil ihn das mörderische Arbeitstempo im Bergbau arbeitsunfähig gemacht hat. Er bezieht nur 8 bis 9 Jahre die Berginvalidenrente und nur 4 bis 5 Jahre die Reichsrente. Die Arbeiter in den anderen Berufen stehen anders da. Sie beziehen die Reichs-

rente fast doppelt so lange wie der Bergmann. Man muß den Bergmann endlich einmal so achten und behandeln, wie es die Schwere und die Gefahren seines Berufes verlangen.

Im Jahre 1928 hatte die Knappschafftsberufsgenossenschaft auf 1000 Versicherte 204 Unfälle, die gewerbliche Berufsgenossenschaft 88 und die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft nur 17 Unfälle zu verzeichnen gehabt. Tödliche Unfälle wurden bei der Knappschafftsberufsgenossenschaft in demselben Jahre auf 1000 Versicherte 1,81, bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 0,44 und bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nur 0,21 festgestellt. Einer meiner Kollegen hat vor einigen Jahren mal eine Aufstellung gemacht und festgestellt, daß jeder Bergarbeiter, der von Jugend an der Bergarbeit nachgeht, fünfmal einen Unfall erleidet und jeder dreizehnte ein Opfer seines Berufes wird. Die Zustände haben sich bis heute nicht wesentlich gebessert. Alle diese Tatsachen wirken mit, daß der Bergmann früh Invalide wird, daß die Zahl der Witwen und Waisen in so großem Maße vorhanden ist. Alles dieses wirkt natürlich direkt und indirekt auf die Finanzlage der Reichsknappschafft ein und muß jetzt bei der Sanierung dieses wichtigen Sozialversicherungsträgers mit in Rechnung gestellt werden.

Die Reichsregierung ist ja bereit, zu helfen. Sie hat einmal den Gedanken erwogen, aus dem Weizenzoll der Knappschafft Zuschüsse zu lassen. Ich muß gestehen, daß wir dieses Experiment — etwas anderes würde es nicht sein — ablehnen müssen. Deutschland hat in den letzten Jahren den Weizenzoll wiederholt erhöht und ist die Einfuhr jedesmal zurückgegangen. Die Quelle aus dem Weizenzoll würde ebenso unfruchtbar sein und vielleicht noch schneller versiegen, als die in der Veg Brünning. Soweit man schnell und in Erfahrung bringen konnte, ist jetzt mit einem festen Betrag aus Reichsmitteln zu rechnen. Man spricht von 40 bis 50 Mill. M. pro Jahr. Genau steht der Betrag noch nicht fest. Ich muß schon sagen, daß diese

in Aussicht gestellte Hilfe

von der Bergarbeiterschaft als ungenügend bezeichnet werden muß. Und ich darf hier wohl der allgemeinen Zustimmung sicher sein, wenn ich sage, daß das Reich der Reichsknappschafft einen Betrag nicht nur für ein Jahr, sondern für längere Zeit zusichern muß, der mindestens dem entspricht, was 1929 der Reichsknappschafft aus der Veg Brünning zugeflossen ist. Auch dann bleibt noch ein übriges zu tun, denn das Defizit würde dann ja doch noch nicht ganz gedeckt. Wir werden über die Deckung dieses Restdefizits der Reichsregierung Vorschläge machen. Ich will sie hier nur kurz andeuten. Eingangs habe ich darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren im deutschen Bergbau fast 150 000 Bergarbeiter abgebaut und daß da, wo früher drei Bergarbeiter schafften, einer von der Maschine verdrängt worden ist. Der Abbau der Belegschaften hat aber

keine Verminderung der Kohlenförderung

und der Kalierzeugung mit sich gebracht. Trotz verminderter Belegschaft ist die Produktion im Gegenteil von Jahr zu Jahr gestiegen. Ich will hier nur mal darauf hinweisen, daß der Förderanteil des Ruhrbergmanns im Jahre 1913 943 und im Oktober v. J. 1415 Kg. pro Schicht betrug. 1913 betrug die Schichtzeit 8 1/2, 1930 8 Stunden. Wehnlich liegen die Verhältnisse in allen Stein- und Braunkohlenrevieren. Im Kalibergbau sind ungefähr 50 Prozent der Belegschaft im Laufe der letzten Jahre abgebaut. Die Kaliproduktion hat sich nicht vermindert, sondern vermehrt. Durch die Rationalisierung sind die Beitragszahler immer weniger geworden, während auf der anderen Seite die Zahl der Invaliden, Witwen und Waisen gestiegen ist.

Herr Bergassessor Dr. Brandt, der Vorsitzende des Zechenverbandes, hat vor einigen Jahren in einer Pressekonferenz in Berlin auch über die „hohen Sozialbeiträge, die den Bergbau bedrückten“, geklagt, dann aber hinzugefügt, daß der Bergbau nicht so hätte rationalisieren können, wenn die Knappschafftsversicherung nicht vorhanden gewesen wäre. In dieser Mitteilung liegt doch ein Zugeständnis der Unternehmer. Es müßten daher auch die Bergbauunternehmer bestrebt sein, eine Änderung zur Sicherung der Knappschafft herbeizuführen.

Anfolge des Rückgangs der Belegschaftsmitglieder, der Versicherten in der Knappschafft, der Steigerung des Förderanteils in meist allen Bergbaurevieren und Bergbauarten ist der Anteil der Beiträge für Arbeitgeber und Versicherte, auf die Tonne des geförderten Produkts umgerechnet, in den letzten Jahren geringer geworden. Während im Ruhrbergbau die Belastung für die Arbeiterpensionskasse im Jahre 1928 1 M. betrug, waren es im 3. Vierteljahr 1930 nur noch 64 Pf.

Leider ist die Entwicklung im Bergbau noch nicht abgeschlossen. Das Reich muß daher verpflichtet sein, dauernd einen Zuschuß in annehmbarer Höhe der Reichsknappschafft zu überweisen und der dann noch verbleibende Fehlbetrag ist durch

Umlage auf das Produkt,

welches der Bergmann fördert, zu tilgen. Dieser Gedanke ist nicht neu, denn schon in der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Sozialversicherung aus dem Jahre 1924-25 (Reichstagsdruck Nr. 1651 vom 5. Dezember 1925) wird diesem Gedanken Raum gegeben. Es ist meiner Meinung nach jetzt an der Zeit, ihn zu verwirklichen, denn es gibt in Deutschland wohl keinen Menschen, der die Reichsknappschafft zugrunde gehen lassen und die Bergleute ihrem Schicksal überlassen will.

Kameraden! Ich habe mich bemüht, Ihnen ein möglichst

objektives Bild

über die Verhältnisse in der Reichsknappschafft zu geben. Die Situation ist bitter ernst und die Reichsknappschafft hat uns, die wir über das Wohl und Wehe der Bergarbeiter zu wachen haben, schon schwere Sorge gemacht. Trotzdem möchte ich sagen, daß wir nicht hoffnungslos sein dürfen. Es muß möglich sein, die Schwierigkeiten zu überwinden. Das ist möglich, wenn wir uns, wie es heute in dieser Kundgebung geschieht, zur Wehr setzen und laut rufen! Vor dem Kriege hat mal ein Führer der deutschen Landwirte gesagt, die Landwirtschaft müßte schreien, müßte ihre Not in die Welt hineinrufen, dann würde sie in Berlin gehört. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß die deutschen Bergarbeiter ihre und die Not der Reichsknappschafft ebenfalls laut in die Welt hineinrufen, damit die Reichsregierung in Berlin nicht nur von einer „Dittsche für die Landwirtschaft“ redet und Hilfe zu bringen versucht, sondern daß auch an die wirtschaftlich große Notlage der Reichsknappschafft gedacht und ihr Hilfe gebracht wird. Deshalb rufen wir heute vieltausendfach und mit lauter Stimme, damit es Reichsregierung und Volksvertretung in Berlin hören:

Die Reichsknappschafft, der soziale Versicherungsträger der unter schweren Gefahren arbeitenden deutschen Bergarbeiter, ist in Gefahr! Aus eigenen Mitteln können die Bergarbeiter ihre Versicherung nicht aufrechterhalten. Sie haben sich mit Beiträgen bis an die Grenze des Möglichen belastet. Eine Kürzung der Renten in dem Maße, wie es zur Sanierung der Knappschafft notwendig wäre, ist nicht möglich, weil dann die Notlage der Invaliden, Witwen und Waisen ins Unerträgliche steigen würde und weil dann auch wieder die fortwieso schon schwer belasteten Gemeinden mit Wohlfahrtsunterstützungen einspringen müßten. Es ist Aufgabe der Reichsregierung und des Reichstags, durch Reichszuschüsse die Leistungen der Reichsknappschafft zu sichern, und schließlich muß der Rest des Defizits durch eine Umlage auf das Produkt hereingebracht und damit eine dauernde Sicherung der Knappschafft herbeigeführt werden.

Wir haben diese unsere Auffassung der höchsten Stelle der deutschen Republik, dem Herrn Reichspräsidenten, in einer Besprechung am Freitag, dem 6. Februar, vortragen dürfen. Der Reichspräsident hat die Notlage der Bergarbeiter und die großen Gefahren, die in der mangelnden Finanzierung der Reichsknappschafft liegen, anerkannt und versprochen, seinen Einfluß aufzubieten, damit geholfen wird.

Zum Schluß möchte ich nun noch betonen: Die deutschen Bergarbeiter, die fortgesetzt ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber Staat und Volk in anerkannter Weise erfüllt haben, dürfen nicht vergebens hoffen. Deshalb unser Ruf: Das Reich muß helfen, damit die Knappschafft weiter besteht und die Zukunft unserer Bergarbeiter, Invaliden, Witwen und Waisen gesichert ist!

Gespräch über Nationalsozialismus zwischen Peter Zimmer und Gottfried Feder.

III. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

„Das ist doch nicht notwendig. Einer muß ja doch den Betrieb führen, ob er nun Eigentümer ist oder Beauftragter, soll doch gleich sein. Es müßte doch genügen, wenn die Berufskapitalisten enteignet würden.“

„Sie vergessen immer wieder, welche Funktion das Leihkapital in der heutigen Wirtschaft ausübt. Sie tun so, als hätte sich das Leihkapital in Wucherabsicht der werteschaffenden Industrie bemächtigt. In Wirklichkeit ist es umgekehrt, die Industrie sucht das Leihkapital.“

„Das verstehe ich nicht.“

„Das glaube ich gerne, denn sonst würden Sie ja nicht Ihre unhinnehmbare Theorie verpacken. Denken Sie einmal an das Beispiel von dem kapitalisierenden Landwirt. Das Leihkapital kann nicht in ein Unternehmen eindringen, weil der Leihkapitalist sich daselbe dienbar machen möchte, sondern nur deshalb, weil der Unternehmer das Kapital haben mußte. Und wenn er in solcher Zwangslage dann wirklich Kapital finden will, dann wird das nur möglich sein, wenn der Geldverleiher davon einen Nutzen hat. Niemand gibt doch einem Unternehmer Geld umsonst, nur mit dem Risiko, daß das Unternehmen bankrott geht und er sein Geld für immer los ist.“

„Aber müssen denn das gleiche in Wucherzinsen und Wucherprofite sein?“

„Das sind nur so hohe Zinsen und Profite, als der Unternehmer für sein eigenes Kapital erhält.“

„Der Unternehmer soll seinen Anteil haben, denn der ist ehrlieh erworben und erarbeitet, da er ja den werteschaffenden Betrieb besitzt. Der Leihkapitalist aber hat nichts drinstecken als sein Zinskapital.“

„Nehmen Sie einmal an, Herr Feder, daß irgend jemand mit Ihnen eine Zeitung gründen wollte. Ihr Kompagnon hätte nun das Gebäude und die Maschinen im Werte von 100 000 M. Jetzt sind noch 100 000 M. Betriebskapital notwendig, die Sie zur Verfügung stellen. Am Jahreschlusse ergibt sich ein Gewinn von 50 000 M. Nun zahlt Ihr Kompagnon an Sie 15 000 M., während er selbst für sich 35 000 M. beansprucht, da Sie ja nur das „Leihkapital“ im Betrieb haben, während er das „arbeitende“ Kapital besitzt. Würden Sie einverstanden sein?“

„Aber das ist doch kein Vergleich. Hier wären wir doch gemeinsam Besitzer, was aber bei der Aktiengesellschaft oder der GmbH. nicht der Fall ist.“

„Sie reden Unsinn, Herr Feder, und wollen nur ausweichen. Jeder Aktienbesitzer oder GmbH.-Kompagnon ist mit seinem Aktienanteil oder seiner GmbH.-Quote Mitbesitzer an dem Unternehmen und hat gleichmäßiges Anspruchsrecht am Profit, entsprechend seinem Kapitalanteil.“

„Wohl, aber was wir Nationalsozialisten hieran verurteilen, ist, daß heute jeder Leihkapitalist und Schieber sich solche Aktien an der Börse kaufen kann, wenn er nur Geld hat. Und diese Leute kaufen doch die Aktien nicht wegen dem Arbeitsbetrieb, sondern wegen dem Profit, den sie mit den Aktien vom Unternehmen erhalten.“

„Sie vergessen, Herr Feder, daß der Profitanteil, der auf eine Aktie entfällt, immer an den Inhaber der Aktie geht und werden muß, ganz gleich, wer nun zufällig Besitzer derselben ist. Ob Herr Thyssen, Herr Klöner, Herr Borsig ganz allein in Besitz der Aktien ihrer Gesellschaften gemorden sind, oder ob dieselben auf hundert Besitzer verteilt sind, bleibt sich gleich. Der Profit muß herausgewirtschaftet werden unter Zugrundelegung des Gesamtkapitals. Beträgt das 100 Millionen Mark, dann müssen, um 6 Prozent zu verdienen, 6 Millionen Mark Profit herausgewirtschaftet werden. Und das allein interessiert das Unternehmen. Wie sich der Profit nachher verteilt, ob ihn nur ein einziger Besitzer erhält oder hundert andere, ist völlig gleichgültig. Also wenn Sie vorhin sagten: Profit, Rentabilität ist heute die Aufgabe der Wirtschaft, dann ist das nicht, deshalb der Fall, weil es Aktien- und Leihkapital gibt, sondern weil der Sinn des Privatkapitalismus darin besteht, mit dem angelegten Kapital einen Profit herauszuholen zu können. Der Profit ist also keine Folge des Leihkapitals, sondern umgekehrt entsteht Leihkapital aus überschüssigem Profit.“

„Aha, da haben wir es ja, Herr Zimmer! Jawohl, so ist es, wir leiden an überschüssigem Profit. Aber warum verzichten denn die Wucher- und Leihkapitalisten nicht auf ihre überschüssigen Profite?“

„Weil im Privatkapitalismus nur dann ein Kapital in ein Geschäft steckt, wenn er damit einen Gewinn, also Profit, erzielt und dabei sein Geld immer dort anlegt, wo er den höchsten Profit erhält. Sie können sich als Mensch darüber entrüsten, Herr Feder, aber wenn Sie solches Profitwirtschaften abschaffen wollen, dann müssen Sie schon die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigen, was Sie aber als Nationalsozialist nicht wollen.“

„Nein, und ich bleibe dabei, daß es genügt, die Leihkapitalisten zu vertreiben, um den Wucherzins, den sie einstecken, der Wirtschaft zuzuführen.“

„Sagen Sie mal, Herr Feder, Sie haben das primitivste Wissen über die privatkapitalistische Wirtschaft noch nicht in sich aufgenommen. Wissen Sie überhaupt, welchen Sinn die Aktie in einer Aktiengesellschaft hat, oder der Geschäftsanteil eines Finanziers in der GmbH?“

„Na, wir reden doch dauernd davon: um für das in der Aktie und den Geschäftsanteil dem Betrieb zur Verfügung gestellte Kapital Profite einheimen zu können.“

„Sehr vernünftig haben Sie nun hierbei gesagt: für das dem Betrieb zur Verfügung gestellte Kapital. Das ist richtig. Die Aktie und der Geschäftsanteil ist nämlich nur eine besondere Bezeichnung für einen Teil des Betriebskapitals, das nicht der Leiter des Betriebes aufgebracht hat, sondern ein dritter, den er darum gebeten hat.“

„Ich verstehe nicht recht.“

„Nun, denken Sie, Herr Ingenieur Müller wolle eine Maschinenfabrik bauen. Die Fabrik kostet 10 Millionen Mark und er benötigt ein Betriebskapital von 5 Millionen. Er hat aber nur 3 Millionen Mark Eigenkapital. Notwendig hat er also noch 12 Millionen Mark. Wollte er sich diese 12 Millionen leihen, dann bekäme er dieselben nur auf kurze Zeit und müßte einen bestimmten Zinssatz zahlen, ganz gleich, ob sich die Fabrik rentiert oder nicht. Er fordert deshalb andere Geldleute auf, ihm das Geld zum Betreiben seiner Fabrik zu geben, wofür die Geldgeber entsprechend ihrem Kapitalanteil am Profit beteiligt würden. Das ist also dieselbe Sache, wie vorhin bei dem Zeitungsunternehmen, das Ihr Freund mit Ihnen gründen wollte.“

„Na, das ist ja nun doch etwas anderes.“

„Sie irren, Herr Feder. Der Ingenieur Müller erhält von den Geldgebern genau so das Geld, wie vorhin Ihr Freund von Ihnen. Und er gibt jetzt mit der Aktie nur dem Geldgeber eine Bescheinigung, daß dieser soviel Geld im Betriebe angelegt hat, als auf der Aktie vermerkt ist. Dafür kann dieser Geldgeber nie mehr sein Geld aus dem Betriebe zurückziehen. Er hat nur Anspruch auf den Gewinnanteil, der auf das von ihm gegebene Kapital entfällt. Sie sehen, Herr Feder, die Aktie repräsentiert nicht Leihkapital und Wucherkapital, das sich die Wirtschaft unterwirft, sondern sie repräsentiert lediglich das notwendige Betriebskapital, das immer zur Betriebsführung notwendig ist, ganz gleich, ob es nur ein Besitzer in Händen hat oder von mehreren Besitzern beigebracht wird. Daselbe ist der Fall beim Geschäftsanteil in der GmbH.“

Krise, Ruhrkampf, Nazi und Kozj.

Auszug aus der Rede des Kameraden Limberg im Reichstag am 4. Februar 1931.

Ein von uns eingebrachter Gesetzentwurf bezieht sich auf die Frage der Kartelle und Monopole. Ich will bei dieser Gelegenheit auch über den Preispanzer der Kartelle in Deutschland etwas sagen. Wenn die Kommunisten uns vorwerfen, daß wir die Regierung Brüning unterstützen, dann darf ich wohl etwas ins Gedächtnis zurückrufen: Wenn das Kriegsende und die Staatsumwälzung die deutsche Arbeiterklasse einig gefunden hätte, wenn nicht Spartakus und anderes dagewesen wäre, dann hätte die Wahl der Nationalversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit ergeben. Wenn weiter während der letzten zwölf Jahre nicht die Organisationen der Arbeiterschaft systematisch zersplittert worden wären, dann wäre ihr Einfluß viel größer. So aber ist die Front der Arbeiter gespalten und die Reaktion nicht diese Schwäche aus, um ihre Stoßtrupps zum vernichtenden Kampf vorzuschicken. Diese Stoßtrupps gibt es für uns zuerst zu vernichten. Daraus erklärt sich unsere Haltung zum Kabinett Brüning, das wir zur Zeit für weniger gefährlich halten als eine reine Nazidiktatur.

Sie (zu den Kommunisten) und die Nationalsozialisten bezeichnen immer die Reparationen als die Hauptursache der deutschen Krise. (Zuruf von den Nazis: Was denn sonst?) — Was denn sonst? Das will ich Ihnen ganz kurz sagen: Wenn wir die Reparationslasten nicht hätten, wären wir in der Lage, unsere Steuern um 10 bis 12 Prozent zu ermäßigen. Theoretisch! Wir wären in der Lage, mit dem Geld als Anlagekapital vielleicht 170 000 Arbeiter im Jahre zu beschäftigen. Aber um zu einer Verringerung dieses Planes zu kommen, ist die Fortsetzung derjenigen Politik notwendig, die die Sozialdemokratie seit Kriegsende getrieben hat. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß bei der Reparationskommission rund 172 Goldmilliarden Mark an Entschädigung angemeldet wurden, daß der Londoner Plan 132 Goldmilliarden Mark festsetzte und daß der Gegenwert des Young-Plans mit 35 Milliarden zu bemessen ist. Ich darf auch daran erinnern, daß Englands innere und äußere Staatsschulden 152 Goldmilliarden betragen, Frankreichs Schulden 75 Goldmilliarden. Wir hätten ebensoviele, wenn wir durch die Aufwertung nicht eine ganze Menge Schulden besitzig hätten. Aber Sie können bei dieser Sachlage von England und Frankreich nicht eine Ermäßigung ihrer Forderungen erwarten, wenn Ihnen keine Erleichterung von Amerika wird. Deshalb glauben wir, daß unsere Politik der Völkerveröhnung und Völkerverständigung mehr Aussicht auf dauernden Erfolg hat als die Radikale Politik von rechts und links, die ohne Sinn und Verstand ist.

Wir dürfen aber, wenn wir die Frage des Lohnabbaues und der Krise besprechen, nicht an den tieferen Ursachen der Weltwirtschaftskrise vorbeigehen. Es ist doch so, daß die Strukturänderung in der Weltwirtschaft, die sich schon seit der Vorkriegszeit angebahnt hat, den entscheidenden Anstoß zu der schlechten Wirtschaftslage in Deutschland gegeben hat und heute noch gibt. Es ist doch so: Die Schaffung neuer Staaten, 11 000 Kilometer neuer Grenzen in Europa, das Aufziehen neuer Industrien, das Emporkommen neuer Industrien in anderen Ländern, die Entwicklung der amerikanischen Produktion, alles das hat doch mit zu unserem Zustand beigetragen. Weil der Kampf um die Rohstoffquellen, um die Rohstoffgebiete, der Kampf um Erdöl, um Gummi, um Baumwolle, um Kupfer usw. vor dem Kriege eine Kriegsgefahr war und heute eine Kriegsgefahr ist, deshalb lenken wir die Aufmerksamkeit auf diese Entwicklung. Vor dem Kriege war die Schwerindustrie in Deutschland Krisenindustrie. Das ist sie heute nicht mehr, aber sie soll es nach den Plänen der Herren Nationalsozialisten wieder werden.

Ich finde es sehr charakteristisch, daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ den Artikel einer französischen industriellen Zeitung ohne Kommentar abdruckte, in dem auseinandergesetzt wurde: Die französische Schwerindustrie hat auch in den letzten Jahren gute Geschäfte gemacht wegen des Baues der französischen Offensiven, wegen der Lieferungen an die Tschechoslowakei, an Polen usw. Das hört auf, die französische Schwerindustrie muß neue Absatzgebiete suchen, und es wäre gar nicht übel, wenn man Deutschland erlaubte, neu aufzuräumen unter der Voraussetzung, daß von den dadurch entstehenden Aufträgen von vornherein ein Viertel der französischen Schwerindustrie zugewiesen würde. Ich mache auf diesen Artikel deshalb aufmerksam, weil er

große Gefahren kennzeichnet. Daß sich die Krise in Deutschland so außerordentlich scharf ausgewirkt hat, daß ihre Folgen die breite Masse der Bevölkerung trägt, darüber streiten wir gar nicht. Das haben wir immer bewiesen. Wir bedauern nur, daß wir durch Ihre Schuld (zu den Kommunisten) nicht stark genug sind, um diese Zustände zu beseitigen.

Der Preispanzer der Kartelle.

Es ist ein bürgerliches, ein Leipziger Blatt, das vor kurzem über den Preispanzer der Kartelle folgendes schrieb:

„Deutschland zahlt seinen Kartellen einen jährlichen Tribut von 1700 Millionen Mark, wahrscheinlich; aber noch viel mehr, also ungefähr soviel, wie die Reparationslasten ausmachen. Die Monopolisten erhöhen ihre Preise und versteifen damit die Kosten der Produktion und der Lebenshaltung. Die freien Produzenten werden zwischen sinkenden Erlösen und steigenden Kosten allmählich zerrieben. Die Kaufkraftsteigerung des Geldes, die im letzten Jahre die ganze Welt kennzeichnet, kommt auf diese Art und Weise für den deutschen Lohnempfänger, der durch keine Organisationsmacht sein Einkommen hinaufschrauben kann, nicht zur Geltung. Der wirtschaftliche Organismus rächt sich für diesen ungesunden Preispanzer durch Millionen Arbeitslose.“

Dieses bürgerliche Urteil ist durchaus berechtigt und völlig richtig. Wir sagen, daß diese Entwicklung, die wir nicht haben ändern können, dieses Hochhalten der Preise durch Kartelle und Monopole zu ungeheuren Fehlleistungen von Kapital geführt hat und daß darin eine der Hauptursachen der deutschen Krisenverschärfung zu suchen ist.

Das erste Beispiel auf diesem Gebiete ist die Kallindustrie. Hier 200 Schächte niedergebracht, heute noch 40 in Betrieb; über 2 Goldmilliarden unnötig in diese Produktion hineingesteckt. Seit Kriegsende sind an der Ruhr 105 Schächte stillgelegt. Die Betriebe sind verschwunden; das Geld, das in diesen Betrieben steckt, wird aber weiter verzinst und amortisiert. Das ist eine auf die Dauer untragbare Belastung unserer Wirtschaft.

Ich darf an die Eisenwerke erinnern, in der Welt ist doch, daß technische Neuerungen in den letzten Jahren nicht erforderlich gemacht hätten, die Betriebe zu erweitern, daß aber trotzdem der deutsche Kapitalmarkt durch die Eisenindustrie außerordentlich in Anspruch genommen worden sei. Die Enquete schätzt die unnötige jährliche Belastung dadurch auf 100 Millionen Mark. Darf ich an Jemenz erinnern? Dreifacher Preis als der Weltmarktpreis infolge der Kartellorganisation, und die Anlagen sind nur zu einem Drittel ausgenutzt. Diese Industrie schleppt zwei Drittel des darin stehenden Kapitals unnötig mit, es muß aber amortisiert und verzinst werden.

Felix Pinner kritisiert im „Berliner Tageblatt“ vom 16. August 1930 in treffender, scharfer Weise diesen „wirtschaftlichen Unfuh“ und weist darauf hin, daß das mit der Hauptschuld an unserer Krisenverschärfung sei. Es ist Professor Bonn, der in seinem Buche über den neuen Plan u. a. sagt: „Die kartellistische Organisation ist ein Stück unproduktiver Erwerbslosenfürsorge für die Unternehmer, weil Kartelle nicht die Untüchtigen ausschalten.“ Er sagt weiter: „Es muß vor allem eine Abwertung der Anlagekapitalien von ihrem fiktiven Werte auf eine dem Ertrag entsprechende Größe stattfinden.“

Das ist notwendig. Vielleicht vollzieht es sich in geringerem Empfange durch fortwährende Entwertung der Papiere an der Börse. Aber das geschieht nicht in genügendem Umfang, und deshalb müßte eine solche Entwicklung zwangsläufig durch Gesetz herbeigeführt werden.

Professor Bonn sagt weiter: „Die Reorganisation des deutschen Wirtschaftslebens verlangt Preisensenkung, die nicht einfach durch eine entsprechende Lohnsenkung wettgemacht werden kann. Deutschland muß ein Land mit niedrigen Lebenskosten und hohen Reallohnen werden.“

Er weist nach, wie das notwendig ist und wie das möglich wäre.

Zur Politik der Lohnsenkung.

Wenn nun das Unternehmertum in Deutschland versucht, Preisensenkung oder Senkung der Selbstkosten durch Lohnsenkungen zu erreichen, so zeigen einige wenige Zahlen aus der

Statistik, daß dieser Weg überhaupt untragbar ist. Es gibt einige Industrien, z. B. die Eisen- und Kohlenindustrie, in denen die Lohnkosten ungefähr die Hälfte der Selbstkosten ausmachen. Wenn man in diesen Industrien eine zehnprozentige Preisensenkung auf Kosten der Löhne herbeiführen wollte, müßte man schon die Löhne um 20 Prozent senken. Wie nun aber bei der Schwerindustrie, wo die Hochofenbetriebe 7 Prozent Lohnanteil an den Selbstkosten, die Gießhüttenwerke 6 Prozent, die Walzwerke 13 Prozent haben? Wenn man da die Preise auf nur um 10 Prozent auf Kosten der Löhne senken wollte, dürfte man überhaupt keine Löhne mehr zahlen! So haben wir eine Reihe anderer Industrien, in denen die Lohnkosten 20, 30 und 40 Prozent betragen, und es ist selbstverständlich, daß eine wesentliche Preisensenkung durch Senkung der Löhne dort nicht möglich ist.

Mein Vorredner hat schon einige Zahlen angeführt, auch die von Kuczynski über die Senkung der Löhne im letzten Jahre. Es ist Tatsache, daß die Reallohnsenkung im letzten Jahre weit stärker um sich gegriffen hat, als dies im allgemeinen bekannt ist. Kuczynski berechnet sie auf 5 Prozent im März, auf 10 Prozent im April, auf 16 Prozent im Juli und auf 18 Prozent im November vorigen Jahres. Wer die Verhältnisse draußen in der Industrie kennt, weiß, wie sich 4 Millionen Fehlleistungen auf die Bergarbeiter des Ruhrgebiets ausgewirkt haben, und er weiß, daß die Kurzarbeit in einer Reihe von Industrien Arbeiterlöhne von 100, 120 und 130 M. im Monat mit sich bringt. Das sind unhaltbare Zustände! Wenn dazu Versuche der Unternehmer kommen, wie jetzt bei der Meidericher Hütte, einen Lohnabbau von 20 Prozent durchzusetzen, dann ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften aller Richtungen einen solchen Plan ablehnen und sich auf jeden Kampf gegen solche Pläne einstellen.

Es steht nun ein Antrag mit zur Befragung, die Notverordnung vom 9. Januar aufzuheben. Die neue Entwicklung im Ruhrbergbau zeigt, daß der durch die Notverordnung geschaffene Zustand kein dauernder sein kann. Aber die vielen Streitfragen, die hiermit zusammenhängen, kann ich hier nicht mehr aufrollen. Wir wünschen die Ueberweisung des Antrages auf Aufhebung der Notverordnung an den Ausschuss. Wenn die Kommunisten wegen der Vorgänge im Ruhrgebiet im Januar Vorwürfe erheben, dann kann ich dazu nur erklären: der Streik, den die Kommunisten im Ruhrgebiet zu entfesseln versuchten, ist kläglich vorbeigelaufen. Er hatte nicht den Zweck, den Arbeitern zu helfen, sondern nur den kommunistischen Parteipolitik zu fördern. Vor allen Dingen sollte der Streik den Traum erfüllen, wieder einmal zu einer kommunistischen Gewerkschaftsorganisation zu kommen. Wer nur ein wenig Bescheid weiß in der Geschichte des Ruhrgebiets, kennt die wechselvollen Gewerkschaftsparolen der KPD.

Die Gewerkschaftsorganisationen sind nicht Apparate der Gewerkschaftsbürokratie. Alles, was jetzt im Dezember und Januar von den Gewerkschaften im Ruhrkampf geschah, wurde bestimmt durch die Funktionäre, die in Arbeit stehen, nicht durch die Angestellten. Diese arbeitenden Vergleute haben in den Konferenzen unseres Verbandes, des christlichen Gewerksvereins und der anderen Organisationen das Verhalten der Verhandlungsführer gutgeheißen. Wir haben den Lohnabbau nicht gutgeheißen, wir bezeichnen ihn als unberechtigt, aber eine Gewerkschaftsorganisation hat nicht nur zu fragen, was man wünscht, sondern sie hat die Gesamtlage der Wirtschaft zu betrachten und alles zu prüfen, was für und gegen einen Erfolg der Arbeiter spricht, und dann hat sie pflichtgemäß zu handeln. (Abg. Dr. Goebbels: Sind Sie eigentlich von den Arbeitgeberverbänden?) — Das fragt ausgerechnet ein Herr von der Rechten, die von den Unternehmern eine ganze Menge Geld bekommt; das fragt ausgerechnet ein Herr von der Rechten, der sehr gut weiß, daß Herr Hitler, Herr Fried, Herr Jung usw. verschiedene Male im Ruhrgebiet waren, um den Herren von der Schwerindustrie das nationalsozialistische Programm auseinanderzusetzen und ihnen zu zeigen, daß den Herren Unternehmern von dem Sozialismus der Nationalsozialisten gar keine Gefahr droht.

Die Stellung der Sozialdemokratie und die Stellung der Gewerkschaften ist in der gegenwärtigen Zeit außerordentlich schwer. Aber sie sind sich ihrer Verantwortung bewußt, und sie wissen, daß das Beste für die Arbeiterklasse nur herausgeholt werden kann durch Organisation der Arbeiter und durch die Politik, die sie Jahrzehnte hindurch getrieben haben. Auf diesem Wege werden wir fortfahren, und dieser Kampf wird alle Bestrebungen der Nationalsozialisten und der Kommunisten zunichte machen!

„Aber wie erklären Sie nun den skrupellosen Handel mit Aktien an der Börse?“

„Ganz einfach. Ich sagte Ihnen vorhin, daß der Aktienbesitzer sein Geld nicht aus dem Unternehmen zurückziehen kann. Dafür aber kann er die Aktie an einen anderen verkaufen. Das hat den Zweck, daß der Geldgeber in der Aktiengesellschaft jederzeit sein Geld wieder flüssig machen kann, ohne daß das Wirtschaftsunternehmen selbst in Gefahr kommt. Weiterhin kann sich eine Aktiengesellschaft in Zeiten wirtschaftlicher Not durch Verkauf von Aktien flüssige Mittel beschaffen. Sie sehen also, daß die Aktie oder der Geschäftsanteil für die privatkapitalistische Wirtschaft einen großen Gewinn darstellt. Der sogenannte wilde Aktienhandel, also die Spekulation an der Börse, ändert daran nichts, sondern ist lediglich eine der verwerflichen Auswüchsererscheinungen, die dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem immer eigen sind.“

„Sie meinen also, Herr Zimmer, daß alle die Mängel, die wir treffen wollen mit unserer Kritik, nur im Sozialismus beseitigt werden können?“

„Jawohl, Herr Feder, und zwar nur im marxistischen Sozialismus, das heißt in einer Wirtschaftsordnung, in der die Produktionsmittel der Allgemeinheit gehören und keine Profite erzielt werden, sondern nur noch für den Bedarf gewirtschaftet wird. Sie berufen sich nur selbst und Ihre Anhänger mit entrüstetem Gesicht über Zinsnechtheit und Profitgiererei, ohne den Mut zu haben, das Problem an der Wurzel zu packen. Ihr Glaube, durch Brechung der Zinsnechtheit im Kapitalismus die soziale Frage lösen zu können, ist ebenso naiv und trübselig, als ob Sie die völlige Abschaffung des Geldes verlangten, damit sich jeder nach Bedarf im Geschäft seine Waren nehmen könnte.“

„Wenn wir das Dritte Reich gebaut haben, werden wir Ihnen zeigen, was wir können.“

„Das ist wieder eine verlegene Agitationsphrase. Auch im Dritten Reich wird der Unternehmer und Geldbesitzer nur tätig sein, um Profit oder Zins zu erringen. Wo diese Möglichkeit nicht besteht, hört sofort jedes privatkapitalistische Wirtschaften auf, weil, ich sage das nochmals, eben niemand sein Geld umsonst in die Wirtschaft hineinsteckt.“

„Aber gerade hier werden wir dann im Dritten Reich einlegen. Wir werden dann überhaupt kein Geld mehr nehmen von den Leihkapitalisten.“

„Aber Sie müssen doch auch Geld haben, wenn Sie wirtschaften wollen. Wo nehmen Sie es denn dann wohl her?“

„Der nationalsozialistische Staat macht sich eben sein Geld selbst!“

„Ich bewundere die Wurschtigkeit, mit der Sie dieses Problem zu lösen verstehen. Und wie wird das wohl vor sich gehen?“

„Nun wohl, der Staat ist der Herr der Münzhoheit, er kann also, was der Private nicht kann — Geld machen! Er hat dies ja auch getan in geradezu wahr sinniger Weise während der Inflation. Und auch getan mit der Rentenmark — und ebenso — allerdings nach Preisgabe seiner Hoheitsrechte an die sogenannte Reichsbank — mit der sogenannten Reichsmark.“

Dieses Herrschaftsrecht zur Geldschöpfung könnte der Staat sehr wohl viel besser ausnützen, ohne in die Gefahr der Inflation hineinzugeraten. Allerdings nur dann, wenn er nach Verstaatlichung der Reichsbank-AG und der Notenbanken die Geldbeschaffung für alle großen öffentlichen Aufgaben (Ausbau der Wasserkraft, Verkehrswege usw.) unter Vermeidung des Anleiheweges durch die Ausgabe zinsloser Staatskassengutscheine bzw. auf bargeldlosem Wege durchführt. Mit anderen Worten: Das leichtfertige Papiergeld ohne Schaffung neuer Werte bedeutet — wir haben es alle erlebt — Inflation. Dies läßt aber den folgerichtigen Schluß zu, daß eine Ausgabe von Staatskassengutscheinen keine Inflation hervorrufen kann, wenn neue Werte geschaffen werden.

Daß die Schaffung großer volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben heute immer nur auf dem Anleihewege erfolgt, ist ja geradezu toll. Hier wäre eben das ausgeprochene Gebiet für eine vernünftige volkswirtschaftliche Ausnützung des „Geldschöpfungsrechtes“ des Staates.

Es muß ja jedermann einleuchten, daß z. B. der Bau eines großen Elektrizitätswerkes durch Ausnützung großer Wasserkraft in folgender und einwandfreier Weise durchgeführt werden könnte: Die Regierung bringt bei der gelegenden Körperschaft eine Vorlage ein über die Ausnützung der bayerischen, sächsischen usw. Wasserkraft, alle wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind genauestens gewürdigt. Der Landtag usw. beschließt dann den Bau, er erteilt auch gleichzeitig die Genehmigung an den Finanzminister bzw. die betreffende Reichs- oder Staatsbank, eine neue Reihe von Banknoten auszugeben mit dem besonderen Vermerk, daß diese neuen Noten ihre Deckung — und zwar ihre volle Deckung — in dem Zug um Zug neu entstehenden Werte fänden. Außerdem steht ja diesen Noten hilfsweise noch der Gesamtkredit des Landes bzw. des Reiches zur Seite. Niemand kann also den

Einwand der Inflation geltend machen. Mit diesem auf Grund der Kreditbewilligung durch die „Volksvertretung“ geschaffenen „Zufuggeld“ wird gebaut, die Noten sind wie die anderen gesetzlichen Zahlungsmittel.

Ist dann das Werk vollendet, dann wird gegen dieses Geld Stielstoff oder Elektrizität geliefert und in wenigen Jahren können die ausgegebenen Noten wieder vereinnahmt sein und vernichtet werden. Erfolg: Der Staat, das Volk hat sich ein neues Werk geschaffen, das ihm eine neue gewaltige Einnahmequelle erschlossen hat, das Volk ist um dieses Werk — reicher geworden.“

„Wissen Sie was, Herr Feder, ich bewundere immer mehr die Tatsache, daß Ihre Partei bei dem offensbaren Unfuh, den Sie zum Programm der NSDAP. erhoben haben, so viele Stimmen bei Wahlen erhalt. Also Sie glauben im Ernst, daß Sie das Leihkapital ausschalten können dadurch, daß Sie selbst Geld machen! Begreifen Sie denn nicht, daß Geld etwas ganz anderes ist als Kapital?“

„Wie meinen Sie das?“

„Nun, überlegen Sie einmal, daß wir in Deutschland rund fünf Milliarden Mark umlaufendes Geld haben, daß aber in der deutschen Wirtschaft allein über zwanzig Milliarden Mark ausländisches Kapital steckt. Dieses ausländische Kapital gehört doch nach Ihrer Auffassung in erster Linie zu dem internationalen Sudentleihkapital, nicht wahr?“

„Das allerdings, denn dafür müssen wir ja Wucherzinsen ins Ausland zahlen.“

„Sie sehen also das Problem so, daß dieses internationale Zinswuchert Kapital sich der deutschen Wirtschaft bemächtigt hat und jetzt das deutsche Volk für sich schuftet läßt.“

„Ja, sehen Sie das denn anders?“

„Ich sehe vorläufig nur das eine, daß die deutsche Wirtschaft dieses ausländische Kapital eben haben mußte, genau wie das früher bei dem Landwirt der Fall war, von dem wir sprachen. Also das Geld der ausländischen Leihkapitalisten mußte die deutsche Wirtschaft haben, um sich genügend finanzieren zu können, weil wir in Deutschland eben das Kapital selbst nicht hatten.“

„Das ist es ja, was ich vorhin sagte, wir müssen uns dann das fehlende Geld selbst machen.“

„Und das ist es ja gerade, was ich Ihnen jetzt als großen Blödsinn beweisen will. Sie hätten also nun, um das internationale Leihkapital aus der deutschen Wirtschaft draußen zu halten, zwanzig Milliarden Mark neues Staatsgeld machen müssen, obwohl, wie die Praxis be-

Belämpfung der Arbeitslosigkeit.

Vollziehung der Gemeinsamen Kommission der SWZ. u. des IGB.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB.) und der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SWZ.) eingesetzte Kommission zur Prüfung der Probleme der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit hat in ihrer Sitzung am 21. und 22. Januar die ihr von ihren Unterkommissionen vorgelegten fünfzehn Berichte über die Einzelprobleme, die sich aus der internationalen Wirtschaftskrise ergeben, geprüft und die Ergebnisse ihrer Prüfung in einer Reihe von Entschlüssen zusammengefaßt. Diese Entschlüsse werden in einer besonderen Broschüre, die der IGB. herausgeben wird, zur Kenntnis der Arbeiterorganisationen aller Länder gebracht werden.

Die wichtigsten Feststellungen und Forderungen dieser Entschlüsse werden im folgenden wiedergegeben:

Der Produktionsapparat der Weltwirtschaft sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft ist seit dem Kriege gewaltig angewachsen. Aber die Erzeugnisse, die produziert werden können, können keinen Absatz finden. Hat die Akkumulation von Profiten zugereicht, den Produktionsapparat in wenigen Jahren in unerhört schnellem Tempo auszubauen und zu vervollkommen, so hat das Anwachsen der Löhne in derselben Zeit nicht zugereicht, den Konsum der Massen im gleichen Maße zu vergrößern, wie die Produktionsfähigkeit der Industrie und der Landwirtschaft vergrößert worden ist. Dieses Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Konsum, die Grundtatsache der Krise, ist in erster Linie zurückzuführen darauf, daß die Profite, die vom großen Teil akkumuliert und zur Vergrößerung und Vervollkommen des Produktionsapparats verwendet werden, schneller angeschwollen sind als die Löhne, die zum überwiegenden Teil konsumiert, zum Kauf von Konsumgütern verwendet werden. Die Herabsetzung der Löhne kann dieses Mißverhältnis nicht mildern, sondern nur verschärfen. Wenn die Unternehmer jedes Landes durch Lohndruck ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Unternehmern anderer Länder zu stärken versuchen, so ist das Ergebnis aller dieser Anstrengungen nur die Senkung des Massenkonsums in der ganzen Weltwirtschaft, also nur die Verschärfung der internationalen Absatzkrise. Die Kommission betrachtet es daher als wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung in dieser Zeit, sich mit aller Tatkraft und in allen Ländern dem Lohndruck zu widersetzen.

Die Rationalisierung hat die Produktivität der Arbeit in wenigen Jahren gewaltig gesteigert. Aber die durch die technische Entwicklung und durch die Intensivierung der Arbeit entwickelten Arbeitskräfte sind nicht in andere Produktionszweige überführt worden. Ihre Arbeitskraft liegt jetzt brach. Es ist unbedingt notwendig, die Arbeitszeit der so bedeutend gesteigerten Produktivität anzupassen. Die Kommission betrachtet es angesichts der riesigen Arbeitslosigkeit in der Welt für zeitgemäß und unerlässlich, den Kampf um die Fünftagewoche (Vierzigstundenwoche) international aufzunehmen. Daneben muß der Arbeitsmarkt auch durch Einführung der Arbeiterurlaube, wo sie noch nicht bestehen, durch Erhöhung des gesetzlich festgesetzten Alters, durch Organisation des Arbeitsnachweises entlastet werden.

Die Kommission hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nicht die Einschränkung der Staatsausgaben in Zeiten der Wirtschaftskrise, sondern größtmögliche Aufwendungen für produktive öffentliche Arbeiten jenes Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Konsum, das die Grundtatsache der Krise bildet, zu mildern vermögen.

In jedem Staat ist eine nationale Stelle zu errichten, welche auf Grund eines für längere Zeit im voraus ausgearbeiteten Investitionsprogramms die zur Durchführung dieses Programms erforderlichen Arbeiten und Bestellungen auf Zeiten großer Arbeitslosigkeit konzentriert.

Diese Methode, den Beschäftigungsgrad dadurch gleichmäßiger zu gestalten, wird desto wirksamer sein, je größer der Anteil des Staates und der Gemeinden an der Gesamtwirtschaft ist. Die Erweiterung dieses Anteils ist daher eine Voraussetzung wirkamer Beeinflussung des Beschäftigungsgrades durch das Gemeinwesen.

Die Kommission fordert mit Nachdruck, daß die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter, soweit und solange ihnen nicht vollkommene Beschäftigung gesichert werden kann, die notwendige Unterstützung für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit oder der Kurzarbeit finden müssen. Sie fordert die Arbeiterbewegung zur Verteidigung der überall von den Unternehmern angegriffenen

Arbeitslosenversicherung auf. Sie fordert die Schaffung von Einrichtungen, die dem Arbeitslosen ein Recht auf die notwendigen Unterhaltsmittel sichern, in allen Ländern.

Die fortschreitende Organisierung nationaler und internationaler Kartelle und Monopole trägt unzweifelhaft durch die Fixierung künstlich hoher Preise in Krisenzeiten und durch die Organisierung von Dumping-Exporten, die den Weltmarkt desorganisieren, dazu bei, die Krise zu verlängern. Die Kommission fordert daher die Arbeiterparteien zum Kampf für die öffentliche Kontrolle aller monopolistischen Zusammenschlüsse und ihrer Preisbildung unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften auf; die internationalen Kartelle sollen in ähnlicher Weise durch ein beim Völkerbund zu errichtendes internationales Wirtschaftsorgan kontrolliert werden.

Die deflationistische Politik in verschiedenen Ländern hat gleichfalls die Krise verschärft. Die ungleichmäßige Verteilung des Goldes in der Weltwirtschaft ist eines der Weltwirtschaft störenden Elemente. Die Kommission fordert: wirksame Kontrolle der Regierungen über die Notenbanken, Teilnahme von Vertretern der Arbeiterorganisationen an der Leitung der Notenbanken, engste Zusammenarbeit der Notenbanken, Verwandlung der SWZ. in ein Organ der internationalen Kreditpolitik, Bekämpfung der Kapitalflucht aus kapitalarmen Ländern, eine auf gleichmäßigere Verteilung des Goldes gerichtete Kreditpolitik.

Die gewaltigen Zahlungen, die Deutschland als Reparationen an seine Gläubiger zahlen muß und diese als Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten von Amerika zahlen müssen, tragen ebenso zur Desorganisation der Weltwirtschaft bei. Der Realwert aller dieser Zahlungen ist durch das Sinken der Warenpreise bedeutend erhöht worden. Diese Zahlungen können auf die Dauer nicht anders als in Waren geleistet werden. Ihre Lei-

stung in Waren wird durch die Hochschuldpolitik der Gläubigerstaaten erschwert. Diese Schwierigkeiten verstärken die Tendenz zu Schleiðereporten. Eine Annullierung oder wenigstens Herabsetzung aller dieser aus dem Kriege hervorgegangenen Zahlungsverpflichtungen wäre unzweifelhaft ein Mittel, die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft zu erleichtern. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten für einen Schuldennachlaß, der eine solche Lösung ermöglichen würde, nur in dem Maße gewonnen werden kann, als sich die europäischen Staaten zur Abrüstung entschließen.

Aber auch abgesehen davon ist es klar, daß die politische Unruhe die Wirtschaftskrise verschärft, und nur die Schaffung eines gesicherten Friedens durch die internationale Abrüstung das Wiedergelunden der Weltwirtschaft ermöglichen kann. Die Gleichheit der Sicherheit für alle Staaten muß erreicht werden nicht durch Wiederaufrüstung der bereits entwaffneten, sondern durch bedeutende Abrüstung der noch nicht abgerüsteten Länder.

Die Kommission erkennt an, daß, wie jeder einzelne Staat, auch die europäischen Staatengemeinschaft eines Mechanismus bedarf, der die friedliche Revision ihrer Verfassung ermöglicht. Aber sie warnt eindringlich vor den Bestrebungen des faschistischen Imperialismus Italiens, mit dem Schlagwort der Revision der Friedensverträge eine Reihe von Staaten zu einer dem Frieden gefährlichen Allianz zu sammeln.

Die Kommission gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß die vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur erfolgen kann durch die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, durch die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft, und fordert die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen auf, den energischsten Kampf für die Ziele der internationalen Arbeiterbewegung zu führen.

Berühmte aus den abgetretenen Gebieten

(Bekanntmachung des Reichsarbeitsministeriums vom 28. November 1930.)

Die Bekanntmachung trat am 1. Dezember 1930 in Kraft. Doch sind noch Durchführungbestimmungen des Reichsversicherungsamtes dazu erforderlich, die noch ausstehen.

Den Versicherten und Rentenempfängern aus den nach dem Vertrag von Versailles abgetretenen Gebieten wird nach der Bekanntmachung eine Fürsorge gewährt.

Die Fürsorge wird nur dann gewährt, wenn der Versicherte oder Rentenempfänger deutscher Staatsangehöriger ist und seit dem 1. November 1930 ständig im Deutschen Reich wohnt.

Für die Rentenempfänger der Invalidenversicherung sowie der knappschaftlichen Pensionsversicherung ist folgendes wichtig: Berechtigter, deren Rente oder Pension von einem ausländischen Versicherungsträger gezahlt wird, da dieser infolge Wechsels der Staatshoheit die Versicherung an Stelle eines früheren deutschen Versicherungsträgers durchführt, erhalten, wenn die ausländische Rente oder Pension geringer ist als die entsprechende deutsche, eine Fürsorge in Höhe des Unterschiedsbetrages nach der vom Reichsversicherungsamt zu bestimmenden Lohnklasse.

Die Fürsorge wird aber nur gewährt, wenn für den Berechtigten vor dem Tage des Uebergangs der Staatshoheit deutsche Beiträge für wenigstens 24 Monate oder 104 Wochen entrichtet worden sind in dem betreffenden Versicherungszweige. Zahl der zuständige ausländische Versicherungsträger die Rente nicht, so wird eine entsprechende Fürsorge gewährt in Höhe der entsprechenden Rente oder Pension, wenn die Voraussetzung der Bekanntmachung betreffend Erhaltung der Anwartschaften und für Erfüllung der Wartezeit erfüllt sind.

Die Fürsorge wird auch dann gewährt, wenn der Berechtigte von einem ausländischen Versicherungsträger mit einem Kapitalbetrage abgefunden wurde. Hat ein Berechtigter Anspruch auf Rente aus der deutschen Invalidenversicherung oder knappschaftlichen Pensionsversicherung, so wird ihm nur eine Fürsorge in Höhe des Beitrages gewährt, um den sich seine deutsche Rente oder Pension erhöhen würde. Ihm wird aber die ausländische Rente, soweit sie tatsächlich gezahlt wird, angerechnet.

Vor der Fürsorge gewährt wird, muß der Berechtigte sämtliche Ansprüche gegen den ausländischen Versicherungsträger auch den Anspruch auf Kapitalabfindung an den zuständigen deutschen Versicherungsträger abtreten bzw. das schon gezahlte Abfindungskapital an diesen absetzen oder bzw. sich anrechnen lassen.

Ist dem Berechtigten für den Verlust seiner Anwartschaft oder wegen Nichtzahlung der ausländischen Rente oder Pension schon eine Entschädigung aus Reichsmitteln gezahlt worden, so

wird diese Entschädigung auf die Fürsorgeleistungen angerechnet. Bei der Berechnung der Fürsorge werden ausländische Beitrags- oder Ersatzzeiten wie entsprechende deutsche Beitrags- oder Ersatzzeiten behandelt, jedoch bestimmt das Reichsversicherungsamt, nach welcher Lohn- oder Gehaltsklasse die an den ausländischen Versicherungsträger entrichteten Beiträge zu bewerten sind. Das ist bis jetzt noch nicht geschehen.

Werden neben Fürsorgeleistungen nach dieser Bekanntmachung Leistungen der deutschen Sozialversicherung oder der Sozialversicherung des Saargebiets gezahlt, so werden die Fürsorgeleistungen so gekürzt, daß die Gesamtzüge des Berechtigten einschließlich der Beihilfe nach der Bekanntmachung für ausländische Versicherte den Betrag nicht übersteigen, der ihm insgesamt zustehen würde, wenn seine Bezüge sämtlich Leistungen der deutschen Sozialversicherung wären. Die Fürsorge wird auch nur insoweit gewährt, als nach deutschem Recht eine Rente oder Pension gezahlt wird. Wird eine Fürsorgeleistung im Einzelfalle monatlich weniger als 4 M., bei Waisen insgesamt weniger als 3 M. betragen, dann wird die Fürsorge nicht gewährt. Die Fürsorge erstreckt sich auch auf solche Versicherungsleistungen, die in den einzelnen Versicherungszweigen außer der Rente oder Pension vorgesehen sind.

Für die Fürsorge ist der Versicherungsträger zuständig, der die deutsche Rente oder Pension zahlt. Wird diese von einem Versicherungsträger des Saargebiets gezahlt, so bestimmt das Reichsversicherungsamt, wer von den deutschen Versicherungsträgern die Versicherung durchzuführen soll bzw. die Reichsknappschaft bestimmt die Bezirksknappschaften, die diese Versicherung durchzuführen haben.

Gegen die Entscheidung des Versicherungsträgers kann innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung das Reichsversicherungsamt angerufen werden. Seine Entscheidung ist endgültig. Sind nicht alle Voraussetzungen erfüllt, die zu einer Fürsorge berechtigen, und bedeutet die Veragung der Fürsorge eine besondere Härte, so kann das Reichsversicherungsamt die Fürsorge anordnen oder genehmigen.

Laufende Fürsorgeleistungen, die aus Reichsmitteln oder Mitteln der Versicherungsträger für die Zeit nach Inkrafttreten dieser Bekanntmachung gewährt wurden, werden auf die zu gewährenden Leistungen angerechnet.

Die bisherigen Bestimmungen über Fürsorge für Rentenempfänger oder Pensionempfänger aus abgetretenen Gebieten werden durch diese Bekanntmachung gegenstandslos.

Pensionäre oder Invaliden der Saarknappschaft, die keine eckel-lothringischen Pensionanteile haben bzw. in abgetretenen Gebieten versichert waren, fallen nicht unter diese Bekanntmachung; das Saargebiet zählt nicht zu den abgetretenen Gebieten.

weist, sechs Milliarden Mark genügen, um den Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten."

"So meine ich das ja gar nicht, Herr Zimmer. Ich rede ja nicht von dem Leihkapital, das die ganze Wirtschaft braucht, sondern von dem Leihkapital, das der Staat selber aufnimmt."

"Das würde also heißen, daß Sie selber einsehen, daß man an mit Ihren nationalsozialistischen Methoden, also durch Brechung der Zinsnechtigkeit, nicht die Wirtschaft retten kann."

"Das heißt das noch lange nicht!"

"Ja, jedenfalls haben wir bisher nur eins als überzeugendes Resultat unserer Unterhaltung festgestellt, nämlich, daß Ihre ganze nationalsozialistische Theorie von der Brechung der Zinsnechtigkeit zur Lösung der sozialen Frage nur sinnloses Geschwätz ist. Sie ziehen sich also jetzt schon auf den Standpunkt zurück, daß man wenigstens den Staat vor den Klauen des Leihkapitalisten retten könnte durch eigene Geldschöpfung."

"Jawohl! Und dabei bleibe ich auch."

"Wir wollen sehen. Zuerst eins, Herr Feder: glauben Sie, daß der Staat seine Schulden oder seine Schuldzinsen, wie sie jetzt zu leisten sind und durch Steuern, Zölle und so weiter aufgebracht werden müssen, auch dadurch bestreiten könnte, daß er einfach das notwendige Geld selbst macht?"

"Nein, das glaube ich nicht. Ich denke bei meinem Plan ja nur daran, daß der Staat dann, wenn er neue Werte schaffen will, z. B. Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Wasserstraßen und sonstige Verkehrsstraßen, als solche Werte, die nachher selbst Geld einbringen, sich nicht das Geld, das er zum Bauen dieser Werte benötigt, gegen Wucherzinsen bei den Leihkapitalisten pumpt, sondern es sich selbst machen sollte."

"Sie meinen also, daß er dadurch die Zinsen für dieses Kapital sparen würde. Ganz würde das ja aber auch nicht stimmen, da der Staat zumindest für die Herstellungskosten des Geldes und die notwendigen Buchhaltungskosten und so fort einen bestimmten Aufschlag nehmen müßte, was sich auch nur in Form von Zinsen vollziehen könnte. Aber das wäre sicher ein geringer Prozentsatz."

"Sehr richtig, Herr Zimmer. Ich gebe also zu, daß der Staat auch auf sein freigeschaffenes Geld vielleicht ein Prozent Zinsen nehmen muß. Das ist dann aber immer noch ein ungeheuer großer Erfolg, denn heute zahlt er für seine Schulden an das Leihkapital ja 8 bis 10 Prozent."

"Lassen wir das vorerst einmal gelten, Herr Feder. Nur müssen Sie mir jetzt noch sagen, ob Sie keine Schwierigkeiten

erwarten mit Ihrem freien Staatsgeld im allgemeinen Geldverkehr. Sie wissen, das Papiergeld ist nur ein Ersatz für wirkliches Geld, das heißt für Gold. Und heute ist es so, daß das Papiergeld nur deshalb als Zahlungsmittel anerkannt ist, weil der Staat den Goldwert, der in Zahlen auf den Geldscheinen aufgedruckt ist, garantiert entweder durch Gold, Devisen oder Bankwechsel. Der Staat könnte also wohl freies Geld machen in Form von Papierscheinen, aber keine Garantie für den Wert derselben bieten, da er selbst nicht Gold, Devisen oder Bankwechsel als Gegenwert machen kann."

"Das ist die alte Geschichte, die immer unserer Forderung entgegengestellt wird. Man vergißt nur dabei, daß dem freien Geld, das sich der Staat zu seinem eigenen Gebrauch macht in den vorgenannten Fällen, ja auch ein greifbarer Wert zugrunde liegt, nämlich die Werte, die gebaut werden. Das Wasserwerk, das Kraftwerk, die Wasserstraße, all das ist doch nachher da als volle Deckung für die Papiergeldscheine."

"Ich werde Ihnen nachher beweisen, Herr Feder, daß Sie sich einer großen Täuschung hingeben und das ganze Problem vollständig verkennen. Vorerst wollen wir aber Ihre Theorie einmal gelten lassen und feststellen, was wohl damit an Nutzen geschaffen werden könnte. Das läßt sich ja leicht feststellen dadurch, daß wir einmal prüfen, wieviel der Staat denn für derartige Zwecke, für die Sie freies Geld schaffen wollen, ausgibt."

"Darauf kommt es vorerst gar nicht an, Herr Zimmer."

"O doch, Herr Feder. Sie machen nämlich der Deffenlichkeit und Ihren Anhängern vor, daß der Nationalsozialismus das Volk aus allem sozialen und wirtschaftlichen Elend befreien würde. Sie müssen deshalb schon erlauben, daß man Ihre Heilslehre auch auf ihren ganzen Wert untersucht. Also Sie müssen sich schon gefallen lassen, daß wir auch hier feststellen, was dabei herauskäme, wenn der Staat freies Geld macht zu den vorhin aufgezählten Zwecken."

"Nun gut, versuchen Sie das einmal aufzuzeigen."

"Eigentlich wäre das ja Ihre Aufgabe. Aber vielleicht haben Sie es noch gar nicht der Mühe wert gehalten, Ihre eigene Theorie daraufhin zu prüfen. Aber sehen Sie sich doch einmal die Staatsaufstellung des Reiches für das Jahr 1931 an. Wenn das Reich, nämlich die Notwendigkeit erkennt, Kraftwerke, Verkehrsstraßen usw. zu bauen, dann muß das in der Staatsaufstellung zum Ausdruck kommen. Dort muß nämlich der Geldbetrag, der dazu notwendig wäre, eingesetzt sein. Wir brauchen also nur diesen Betrag herauszufinden, um zu wissen, wieviel freies Geld also der Staat jetzt machen könnte und sollte."

"Und wieviel macht das aus? Ich muß nämlich gestehen, daß ich das Problem wirklich noch nicht so besehen habe."

"Nun, der Gesamtetat für 1931 zeigt eine erforderliche Summe von 10 473 Millionen Mark auf. Hiervon werden verwendet: an Steuerüberweisung an die Länder 2966 Mill., für Schutzpolizei 195 Mill., für äußere Kriegslasten 1794 Mill., für innere Kriegslasten 302 Mill., für Kriegsrenten 1596 Mill., für Finanz- und Steuerverwaltung 547 Mill., für Schuldenzinsen 911 Mill., für die Wehrmacht 760 Mill., für soziale Zwecke 979 Mill., für Wohnungswesen 9 Mill., für Verkehr, Landwirtschaft, Gewerbe 282 Mill., für alles übrige 138 Millionen."

"Sie meinen also nun, daß in dem Posten: Verkehr, Landwirtschaft, Gewerbe die Summe steckt, die unserer Theorie zugrunde gelegt werden könnte?"

"Nur in diesem. Bei allen anderen Ausgaben entstehen keine produktiven Werte. Ist das Geld dort ausgegeben, dann bleibt nichts anderes zurück, womit man Geldeinnahmen erzielen kann."

"Es würde sich also dann höchstens um 282 Millionen Mark handeln, für die bei unserer nationalsozialistischen Theorie durch Schöpfung von freiem Staatsgeld die Zinsen gespart würden."

"Sehr richtig! Und das wären, bei einem allgemeinen Zinssatz von 8 Prozent, rund zwei und zwanzig Millionen Mark bei einem Reichsetat von zehn tausend Millionen Mark. Glauben Sie, daß Sie damit wirklich etwas Besonderes für das Volk und den Staat geleistet hätten? Sie sehen, Herr Feder, daß Sie sich mit Phantastereien von freier Geldschöpfung des Staates wirklich nur berauschen und das Volk betrügen, wenn Sie predigen, daß auf diese Weise die Rettung erstehen könnte."

"Sie vergessen, Herr Zimmer, daß das, was wir jetzt behandeln, mit der Geldschöpfung des Staates für Kraftwerke und Verkehrsstraßen ja nur ein Teilproblem unseres Programms umschließt. Unser Hauptprogramm zur Rettung der Wirtschaft besteht in der Schaffung von gemeinsamen Banken und Wirtschaftsbanken."

"Ach, richtig, ich wußte auch, daß Sie noch damit kommen. Und bei dieser Frage werde ich Ihnen auch aufzeigen, daß nicht nur der Erfolg Ihres Programms mit der freien Geldschöpfung eintritt, sondern die Durchführung überhaupt unmöglich ist, weil Ihre Auffassung, daß durch die Schaffung von Werten das freie Geld volle Deckung für den Geldmarkt bekäme, tatsächlich einer völligen Verkennung des Problems entspringt."

"Ich bin neugierig, wie Sie das wohl fertigbringen wollen." (Fortsetzung folgt.)

Die Explosion auf Grube Maybach.

Zweifelhafter Bericht des Oberbergamts.

Das französische Oberbergamt in Saarbrücken veröffentlichte vor kurzem das Ergebnis der Untersuchung auf der Grube Maybach. Bekanntlich ereignete sich dort am 25. Oktober 1930 eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion, der rund 100 Bergarbeiter zum Opfer fielen. Zwecks besserer Information fügen wir ein Perspektivbild bei. Eine maßstäbliche Genauigkeit mußte naturgemäß hierbei ausbleiben.

Zunächst etwas über die allgemeinen Zustände auf der Grube Maybach. Die Förderung der auf dem Bild ersichtlichen Abbaubetriebe in Flöz 4 ging nicht etwa, wie der vernünftige Bergmann annimmt, durch Grundstrecke und Querschlag der 4. Sohle zum Schacht. Sie ging vielmehr durch den Ausbruch (B auf dem Bild) nach der 3. Sohle. An sich ist es unverständlich, wie man derart widersinnig und unrationell Bergbau betreiben kann. Noch bevor ein solch forciertes Abbau in Angriff genommen wurde, hätte man auf der 4. Sohle die Förderung vorrichten müssen. Im Querschlag lief zwar eine Preßluftlokomotive bis zur Grundstrecke Flöz 4. Sie besorgte aber die Förderung für eine Abbauteilung in der östlichen Grundstrecke. Auch die Belegschaft der Abbaubetriebe fuhr über die 3. Sohle ein.

Die Bewetterungsverhältnisse sind auf der Grube Maybach schlimmer als laienhaft, obwohl eine ganze Reihe von Schächten in diversen Entfernungen zur Verfügung steht und eine musterhafte Bewetterung möglich ist. Wiederholt mußten Abbauteilungen wegen zu starker Gasaustritte vorübergehend stillgelegt oder die Belegschaften plötzlich herausgeschafft werden. Der Ausbruch nach Flöz 3 (auf dem Bild mit A bezeichnet) mußte aus denselben Gründen stillgelegt werden. Der Leser findet nebst der Grundstrecke Flöz 4 eine andere, die das Flöz 13 Steigerabteilung 9 aufschließt. Die vom Albertschacht (Hauptanlage der Zeche Maybach) kommenden Frischwetter zweigen nach dieser Grundstrecke Flöz 13 ab. Auf dem Bild ist hinter dieser Grundstrecke der Querschlag mit einer Wettertür nicht eingehängt war. Man hat zwar vor wenigen Wochen den Türrahmen eingesezt, die Tür jedoch, wahrscheinlich wegen der starken Schlagwetteraustritte im Querschlag, nicht eingehängt. Zwischen den Flözen 13 und 4 streicht eine Gebirgsstörung den Querschlag. An dieser und auch an anderen Stellen traten schon seit einiger Zeit sehr starke Schlagwetter auf, teilweise so stark, daß die Benzolampfen der durchgehenden Bergleute erloschen.

Im Saargebiet ist die Bergpolizeiverordnung noch gültig, die vor der Uebernahme des Saarbergbaues durch die Franzosen für das Oberbergamt Bonn galt. Diese Bergpolizeiverordnung verlangt Zufuhr von soviel Frischluft, daß keine Schlagwetter auftreten können. Ist das nicht möglich, dann muß der betreffende Betriebspunkt, in diesem Falle der Querschlag, für die Führung und Förderung eingestellt werden. Statt dessen hat die Grubenverwaltung dort einen Wachtposten hingestellt. Das ist ein strafbarer Verstoß gegen die Bergpolizeiverordnung. Da auch die Bergpolizei von diesen Dingen wußte, trifft sie die Anklage der Fahrlässigkeit. Was sollte der Posten überhaupt dort? Sollte er aufpassen, daß die Schlagwetter nicht wegläufen oder sollte er sie entzünden?

Auch das Gesteinstaubverfahren war in einer wirksamen Form nicht durchgeführt. Auf unsere nach dem Unglück erfolgten Beschuldigungen sagte das französische Oberbergamt, daß das Verfahren nicht nach der deutschen, sondern nach der französischen Formel durchgeführt gewesen wäre. Uns ist die französische Formel nicht bekannt, nur soviel können wir mit Bestimmtheit von ihr sagen, daß sie auf Maybach vollständig verlagert hat. Die deutsche Formel sieht folgendermaßen aus (wir ziehen hierzu die Bergpolizeiordnungen des Oberbergamtsbezirks Dortmund heran, weil dieses Oberbergamt bahnbrechend bei der Einführung des Gesteinstaubverfahrens gewesen ist):

Es müssen mit Hauptsperren abgeriegelt werden die Wetterabteilungen, die Ausrichtungs- und Vorrichtungsbetriebe sowie die Abbauflügel gegeneinander und gegen die benachbarten Baue. Diese Hauptstrecken müssen je Quadratmeter Streckenquerschnitt 400 Kg. flugfähigen Staub enthalten. Nebenstrecken mit je 80 Kg. Staub pro Quadratmeter Streckenquerschnitt sollen zur Sicherung der Abbaubetriebe ge-

geneinander verwandt werden. Als Abbaubetriebe sind hier gemeint Abbaustöße oder -streben. Außerdem sind mit Gesteinstaub einzustauben alle zur Förderung, Führung oder Wetterführung dienenden Grubenbaue mit Ausnahme der Abbaubetriebe (Abbaustöße oder -streben).

Die auf dem Bild eingezeichneten Sperren stellen Hauptsperren dar, wie sie nach unserem Ermessen hätten vorhanden sein müssen. Wieviel Sperren die Franzosen dort eingebaut haben, ist uns nicht bekannt. Bekannt ist nur, daß die dort vorhandenen Sperren nur einen Bruchteil der hier angeführten Gesteinstaubmengen enthielten. Außerdem hat man die Grundstrecke etwa 14 Tage vor der Explosion zum ersten Male eingestaubt, und zwar nur diese. In den Ueberbauen war noch eine Wasserberieselung vorhanden.

Wir bemerken ausdrücklich, daß die im nachfolgenden Bericht enthaltenen Behauptungen über die Ursachen der Explosion von der französischen Bergbehörde allein aufgestellt wurden. Eine Mitwirkung der Bergarbeiter oder ihrer Vertreter, wie das im preussischen oder sächsischen Bergbau der Fall ist, gibt es im Saargebiet nicht. Die Ursachen der Explosion wurden also aufgestellt von einer Behörde, die durch Fahrlässigkeit das Unglück verschuldet oder zum mindesten vergrößert hat. Anders ist der Bericht, in dem man sich offensichtlich bemüht, die wahren Verhältnisse zu verschleiern oder zu entschuldigen, nicht aufzufassen. Wir lassen jetzt den Bericht, den wir der „Saar-Zig.“ entnehmen, folgen:

Der Abschlußbericht des Oberbergamts.

Von der Explosion wurde die ganze Abteilung 9 betroffen. Die stärksten dynamischen Wirkungen wurden in der westlichen Grundstrecke Flöz 4 auf der 4. Tiefbausoehle festgestellt, wo mehrere zum Teil gewaltige Brüche gefallen waren und der Ausbau zum großen Teil umgeworfen worden war. Im Hauptquerschlag auf der 4. Sohle war der Ausbau ebenfalls teilweise umgeworfen, Brüche gefallen und ein Leerzug durcheinandergeworfen. In den beiden Ueberbauen der westlichen Grundstrecke Flöz 4 4. Sohle war der Ausbau ebenfalls zum größten Teil umgeworfen. In den Strebstößen der Bremsberge 1 West und 2 West, insbesondere in den letzteren, war die dynamische Wirkung gering.

Am Fuße des Aufhauens aus der Grundstrecke Flöz 4 West war einwandfrei festzustellen, daß die dynamische Wirkung der Explosion in der Grundstrecke nach zwei verschiedenen Richtungen auseinanderging, nämlich nach Osten in Richtung nach dem Hauptquerschlag und nach Westen in Richtung auf den Bremsberg 1 West. Das Aufhauen selbst wies an seinem Ausbaue und dem vor Ort vorhandenen Arbeitsgerät keinerlei dynamische Wirkungen auf, wohl war im Aufhauen die größte Hitzeentwicklung festzustellen; überaus starke Roksbildung am Ausbau, am Hangenden und den Stößen, Brandspuren am Holz in der Nähe des Ortsstoßes. Diese Umstände deuten darauf hin, daß im Aufhauen der Ausgangspunkt der Explosion zu suchen ist. Die Auffindung einer Benzolinsicherheitslampe mit abgeschraubtem Panzer im Aufhauen, deren Drahtkörbe zweifelsfrei Spuren des Durchblasens der Flamme aufwiesen, brachte eine weitere Bestätigung der Vermutung, daß die Explosion im Aufhauen ihren Anfang nahm.

Das Vorhandensein von Schlagwettern im Aufhauen erklärt sich zwanglos aus einer vorübergehenden Stillsetzung des Lutzenventilators zur regelmäßigen Schmierung desselben zu Beginn jeder Schicht. Bei einem (H₂)-Gehalt von 0,4 bis 0,5 Prozent bei normaler Bewetterung (160 cbm.-Min.), ein Gehalt, der an der Lampe kaum zu sehen ist, mußte sich bei einem Stillstand des Lutzenventilators von vier bis fünf Minuten vor Ort ein hochprozentiges Schlagwettergemisch bilden. Ueberdies ist nicht ausgeschlossen, daß eine in der Nähe des Ortsstoßes durchgehende Störungszone eine stärkere Schlagwetterentwicklung verursachte. Die im Aufhauen vorhandene Schlagwetteransammlung ist wahrscheinlich beim Versuch der Wiederanzündung der Lampe infolge Durchblasens vor der saugenden Lunte zur Entzündung gekommen.

Im Hauptquerschlag der 4. Tiefbausoehle waren seit einiger Zeit periodische Schlagwetterentwicklungen beobachtet worden, was die Grubenleitung veranlaßte, einige Tage vor dem Unglück eine Aufsichtsperson zur Ueberwachung dieser Vorgänge in den Hauptquerschlag zu stellen.

Zur Unschädlichmachung dieser zeitweise auftretenden Schlagwetter waren schon einige Versuche zwecks Verstärkung der Wetterführung im Querschlag gemacht worden, jedoch ohne wirklichen Erfolg. Eine weitere Abhilfemaßnahme (Abmauerung des Stapeles nach Flöz 3 im Hauptquerschlag 4. Sohle südlich der Grundstrecke Flöz 4) sollte am 26. Oktober durchgeführt werden. Die Wetter aus dem Hauptquerschlag zogen im Stoppel nach Flöz 3, der vor der Grundstrecke Flöz 4 im Hauptquerschlag 4. Sohle steht, hoch und wurden unmittelbar in den Ausziehstrom geleitet, kamen also nicht in belegte Baue, auch nicht in die Grundstrecke Flöz 4, die ihre Frischwetter (1300 cbm) unmittelbar vom Jungwalschacht erhielt.

Die anfängliche Vermutung, daß der Ausgangspunkt der Explosion im Hauptquerschlag zu suchen sei, mußte aufgegeben werden, da dafür keinerlei stichhaltige Anhaltspunkte festgestellt werden konnten. Auch hätte eine vom Hauptquerschlag 4. Sohle ausgehende Explosion sicherlich im Aufhauen Flöz 4 ähnliche dynamische Wirkungen verursacht wie in den Ueberbauen, in denen der Ausbau zum größten Teil umgeworfen wurde, wohingegen im Aufhauen keine dynamische Wirkungen festzustellen sind.

Die Explosion wurde durch die Gesteinstaubsperran an den Grenzen der Abteilung 9 zum Erlöschen gebracht (? Der Verf.) und auf diese Weise lokalisiert. Die von der westlichen Grundstrecke Flöz 4 auf der 4. Sohle ausgehenden Vorrichtungsbetriebe (ein Aufhauen und zwei Ueberbauen) waren ebenfalls durch Gesteinstaubsperran abgeriegelt. Warum dieselben nicht voll zur Auswirkung kamen, findet vielleicht eine Erklärung darin, daß der der Flamme aus dem Aufhauen vorausgehende Luftstoß die Gesteinstaubsperran unmittelbar beiderseits des Anzapfpunktes vorzeitig auflöste, so daß die Flamme ungehindert die Gesteinstaubsperran nach Westen und Osten durchdringen konnte.

Nach Westen konnte dann die Flamme in das Ueberbauen 1 West (100 Meter westlich des Aufhauens) hineinschlagen. Der in der Grundstrecke weiterreichende Ast der Explosionsflamme ist wahrscheinlich durch die westlich des Ueberbauens gelegene Schranke zum Erlöschen gekommen, hat aber durch seine dynamische Wirkung alle weiter westlich gelegenen Gesteinstaubsperran aufgelöst. Die durch den Rückschlag aus dem Ueberbauen 1 West herausgeschleuderten fließenden Kohlenstaub- und Gasmassen kamen wahrscheinlich bei ihrer Berührung mit dem frischen Wetterzug in der Grundstrecke zur Explosion, die dann über die zerstörten Gesteinstaubsperran ungehindert hinwegschritten und bis zu den Abbauflözen des Bremsberges 1 West gelangen konnte, wo sie an dem Kohlenstaub der Abbaubetriebe neue Nahrung fanden.

Auf ihrem Wege durch die Baue oberhalb der 4. Sohle kam sie durch die Gesteinstaubsperran zum Erlöschen.

In östlicher Richtung vom Ueberbauen aus erreichte die Explosionsflamme den Hauptquerschlag 4. Tiefbausoehle und kam an der Gesteinstaubsperran 1 Ost in der östlichen Grundstrecke Flöz 4 zum Erlöschen. Die Explosion schlug von der Grundstrecke Flöz 4 aus in den Hauptquerschlag 4. Sohle hinein, verursachte auf eine Länge bis zu etwa 500 Meter lediglich dynamische Wirkungen und kam über die Gesteinstaubsperran nördlich Flöz 13 nicht hinaus. Vielleicht hat sie im Querschlag, wo drei Mann zu Tode kamen, an den Schlagwettern aus den Wälzern neue Nahrung gefunden, jedoch wären sicherlich diese drei Leute auch ein Opfer der Explosion geworden, wenn keine Schlagwetter dort gestanden hätten.

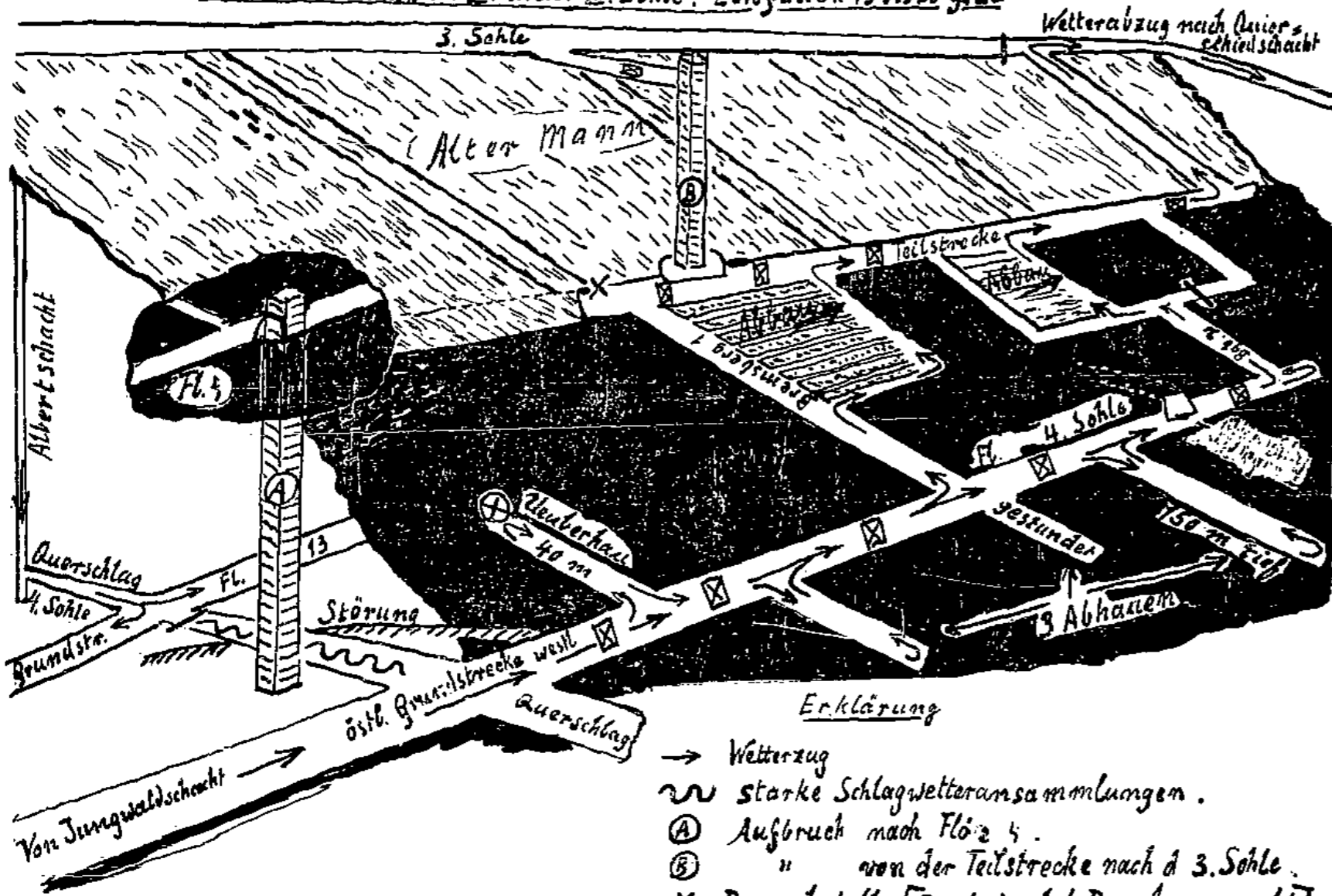
Die im Aufhauen ausgelöste Schlagwetterexplosion hat an dem im Aufhauen vorhandenen Kohlenstaub Nahrung gefunden. Der Kohlenstaub wurde in die mit über 70 Prozent mit Gesteinstaub eingestaubte Grundstrecke Flöz 4 getrieben, wo sich eine Kohlenstaubexplosion entwickelte, die durch den in den Ueberbauen und Stößen des Bremsberges 1 West vorhandenen Kohlenstaub weiter genährt wurde.

Die Gesteinstaubsperran an den Grenzen der Abteilung 9 brachten die Explosion zum Stehen. Eine große Anzahl der Bergarbeiter wurde ein Opfer der Vergiftung durch die Nachschwadern der Explosion.

Dieser Bericht enthält in bergbautechnischer und wissenschaftlicher Hinsicht Unmöglichkeiten. Sagen in der Einleitung finden wir den Versuch, der Sache Gewalt anzutun. Man will ohne Zweifel die stärksten oder, wie es in dem Bericht heißt, dynamischen Wirkungen in die westliche Grundstrecke legen. Tatsache ist, daß die stärkste Explosionskraft im Querschlag zu beobachten war, und zwar in dem von uns als gefährlich bezeichneten Stück. Die Preßluftlokomotive befand sich zur Zeit der Explosion in dieser Gefahrenzone. Diese schwere Lokomotive wurde wie eine Pappschachtel durch den Querschlag geschleudert. Auch wurde dort ein großer Bruch ausgelöst. Mit übergroßer Sorgfalt zusammengetragen sind die Gründe für den Ausgang der Explosion aus dem Ueberbauen. Bedenklich stimmt uns aber schon die Tatsache, daß man bei der Befragung der Organisationsvertreter am Tage nach dem Unglück, die man der Öffentlichkeit halber zugelassen hat, ablehnte, dieses Ueberbauen auch zu befragen. Angeblich wegen Gasgefahren. Erst am nächstfolgenden Tage holte man die Lampe heraus, obwohl die Gefahren verhältnismäßig noch dieselben waren. Bekannt ist uns nicht, ob die Behauptung wahr ist, daß von den Ueberbauen aus die Explosionswirkung Spuren nach beiden Seiten gezeigt habe. Aber selbst wenn das der Fall wäre, kann man damit noch nichts beweisen. Man muß wissen, daß die zum Vergleich gegenübergestellten Abbaue länger waren als das Ueberbauen und daß dann logischerweise auch die Wirkung verschieden sein mußte. Aber das Oberbergamt behauptet ja selbst, daß der Rückschlag aus einem der Ueberbauen noch weitere Folgen gezeigt habe. Diese Tendenz muß man auch den Ueberbauen zubilligen. Im übrigen war das Ueberbauen mit seinen 40 Metern der Entwicklung einer besonderen Explosionsgewalt ungünstig.

Der Leser außerhalb des Saargebiets wird die Redewendung von der Lampe und dem abgeschraubten Panzer nicht verstehen. Zur Erklärung sei mitgeteilt, daß im Saargebiet andersgebaute Sicherheitslampen gebraucht werden. Der obere Lampenteil besteht nicht aus fünf Stangen und dem oberen Deckel, an dem der Lampenhaken befestigt ist, sondern aus einem Blechmantel, der an dem Ring zwischen Glas und Drahtkörben aufgeschraubt wird. Dieser Blechmantel hat nur unten und oben einige kleine Öffnungen. Man will damit die Körbe vor Berührung schützen. Die Nachteile sind unserer Ansicht nach bedeutend größer, weil der Bergmann die Vorgänge im Lampenkorbe nicht beobachten kann. Nun sagt das Oberbergamt, daß in dem Ueberbauen eine Lampe gefunden wurde mit abgeschraubtem Blechmantel (Panzer) und daß die Körbe (Doppelkorb) Spuren des Durchschlagens in Schlagwettern zeigten. Hinzugefügt wird, daß „wahrscheinlich bei dem Versuch der Wiederanzündung der Lampe infolge Durchblasens vor der saugenden Lunte“ die Schlagwetter zur Entzündung gekommen sind. Diese Wahrscheinlichkeit ist wissenschaftlich unmöglich. Bekannt ist die Möglichkeit, daß ein Versuch der Lampenanzündung in Schlagwettern zur Schlagwetterentzündung führen kann, und zwar insbesondere dann, wenn es sich um Lampen mit Zerreißzündung handelt. Dann aber zeigen solche Lampen nie die Merkmale des Durchschlagens. Die uns vorgelegten Photographien der betreffenden Lampe zeigten die Körbe in sehr deformiertem und stark angelautemem Zustand.

Situation zwischen der II. u. der III. Sohle. Einfallen 15 bis 20 Grad



Perspektivische Zeichnung vom Unglücksfeld Flöz 4 auf der Zeche Maybach.

- Erklärung
- Wetterzug
 - ~ starke Schlagwetteransammlungen.
 - ⊗ Aufbruch nach Flöz 4.
 - ⊙ " von der Teilstrecke nach d. 3. Sohle.
 - X Brandstelle [Explosion hat Brand verursacht].
 - ⊗ Funnelstelle einer Lampe, die Explosion verursacht haben soll.
 - ⊗ Gesteinstaubsperran [Hauptsperren] wie sie hätten vorhanden sein sollen.

Was hier das Oberbergamt sagt, stimmt also nicht. Nach dem vorher Gesagten ist es widersinnig, zu behaupten, daß das Durchschlagen beim Wiederanzünden der Lampe geschehen sei.

Direkt verworren muten die Mitteilungen an, daß der (an sich schwache) Wetterstrom aus dem gefährlichen Querschlagstück im Ausbruch nach Flöz 3 abgezogen und deshalb mit den Grubenbauen nicht in Verbindung gekommen sei.

Den Gipfel des Widerstimmes erstreift das Oberbergamt mit seiner Auffassung über das Durchschlagen der Explosion durch die Gesteinstaubsperrungen am Fuße des Ueberhauens.

Gemeinschaftsforschung über Grubentatastrophen.

Eine wissenschaftliche Aktion der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“.

Je mehr Naturgewalten sich der menschliche Geist unterjocht, desto größer werden auch die Gefahren für das Leben und die Gesundheit des arbeitenden Menschen.

Der Kontrast zwischen technischem Fortschritt und volksgesundheitlicher Reaktion zeigt sich am deutlichsten im Bergbau. Die zum großen Teil im Dienste des Kapitalismus stehende Wissenschaft hat es verstanden, den Bergbau möglichst „rationell“ zu gestalten.

Die Wissenschaft hat einen großen Lebenszweck: die Förderung des Wohles der Menschheit. Die Wissenschaft hat nur als soziale Wissenschaft eine Lebensberechtigung.

Zahllos sind die Gefahrenmomente, die den Bergmann unter Tage bedrohen. Einstürze, Explosionen, Vergiftungen, Wassereinträge usw. Man würde Unrecht tun, wenn man nicht zugäbe, daß sich die Wissenschaft auch mit den elementaren Gefährdungen befaßt.

Am ein solches Werk in die Wege zu leiten, ist eine Autorität notwendig, die die verschiedenen, miteinander nicht im Zusammenhang stehenden Wissenschaften zusammenführt.

Die Notgemeinschaft wurde in einer Zeit begründet, als die Wirtschaftskrise die Forschungsarbeit so gut wie unmöglich machte. Es fehlte an Geld für Apparate, Instrumente, Laboratorien, Bücher usw.

verfahren eine etwa in dem Aufhauen entstehende Explosion diese entweder in den Ueberhauen, zum mindesten aber beim Austritt in die Strecke zum Erlöschen hätte bringen müssen.

Wenn eine Explosion umgehindert durch die Grubenbaue jagen kann, dann macht sie dieses nach ungelassenen Gesetzen, und wenn das Oberbergamt behauptet, daß die Explosion durch eine Staubfahne in der Nähe der Nichtstrecke Flöz 13 zum Erlöschen gebracht wurde, dann ist das eine Vermutung.

Die Unfalljahren des Saarbergbaues sind, soweit Einzelunfälle in Frage kommen, günstiger als in einigen anderen deutschen Bergbauerevnen. So war es aber auch schon früher.

Wirde uns die Bergbehörde der unbefestigten deutschen Gebiete einen solchen Abdruckbericht über ein Unglück vorlegen, dann würden wir ihr offen erklären, daß sie dahin gehen soll, wo der Pfeffer wächst.

Wissenschaft zu helfen, indem sie das Geld aufbringen, wissenschaftliche Arbeiten materiell unterstützen, die Bücher und Forschungsmaterialien anschaffen und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern wollte.

Die Notgemeinschaft hat nicht alle Wünsche der Vertreter der Arbeiterschaft befriedigt. Sie hat sich mit dem Verdienst erworben, daß heute die Wissenschaft in Deutschland wieder arbeitsfähig geworden ist, daß sie in vielen Punkten ihr Niveau vor dem Kriege wiedererlangt hat.

Die „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ ist eine Organisation, die für das Volkswohl Großes leisten kann, wenn sie den richtigen Weg einschlägt. Daß die Arbeiterschaft bisher zu ihr kein richtiges Verhältnis finden konnte, liegt darin begründet, daß ihr bisher zu wenig große sozialwissenschaftliche, für die Bevölkerung bahnbrechende Taten bekannt geworden sind.

Große Ziele lassen sich aber heute nur durch Gemeinschaftsforschung erreichen. Mehrere Wissenschaften müssen sich zusammenschließen, um planmäßig und gemeinsam an die Lösung einer ganz bestimmten sozialen Aufgabe zu gehen.

Daß wir heute in dieser Beziehung nicht viel weiter sind als vor hundert Jahren, haben die Katastrophen von Neurode, Alsdorf und Maybach gezeigt. Die Wissenschaft hat sich als machtlos erwiesen.

Antäglich der Jubiläumstagung der „Notgemeinschaft“ habe ich den Antrag gestellt, eine große Gemeinschaftsarbeit in die Wege zu leiten, um die Elementartatastrophen im Bergbau mit den vereinigten Mitteln aller in Betracht kommenden Wissen-

schaften zu bekämpfen. Geologie, Technik, Physik, Chemie und Medizin müssen sich vereinigen, um nach einem bestimmten Plan, der jeder einzelnen Wissenschaft ein Arbeitsgebiet zuweist, sofort mit der Ergreifung der Ursachen der Bergwerkskatastrophen zu beginnen und unter Ausnutzung aller Kräfte einen möglichst vollkommenen Schutz der Bergarbeiterschaft vor den Elementen ausfindig zu machen.

Damit beginnt eine neue Ära in der Geschichte der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“: gemeinsame Arbeit mehrerer wissenschaftlicher Zweige im Dienste ziner sozialen Idee. Nur so kann die „Notgemeinschaft“ dem Volke ihre Lebensberechtigung erweisen.

Solche „Wissenschaftler“ kompromittieren nicht nur die Wissenschaft, sondern sie sind auch schuld daran, daß die Arbeiter der Heranziehung von bürgerlichen Gelehrten zu sozialpolitischen und sozialhygienischen Untersuchungen mit höchstem Mißtrauen gegenüberstehen.

Ich glaube, daß die wissenschaftliche Hilfsaktion der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ es verdient, von den Gewerkschaften in jeder Beziehung unterstützt zu werden. Die Wissenschaft hat viele Verläumdungen nachzubolen.

Dr. Julius Moses, M. d. R.

Lebensversicherungen nur bei der Volksfürsorge.

Die Lebensversicherung gewinnt ständig an Ausdehnung. Mitte des Jahres 1930 hatten sämtliche deutschen Lebensversicherungsgesellschaften einen Bestand von 12,65 Mill. Versicherungen mit ungefähr 16,7 Milliarden Mark Versicherungssumme.

7. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit Woche vom 8. bis 14. Februar 1931

Leistet Vorarbeit für die Betriebsrätewahlen 1931!

Durch Vereinbarung der Spitzenverbände ist es auch in diesem Jahre gelungen, einen einheitlichen Zeitpunkt für die Betriebsrätewahlen im gesamten Bergbau festzulegen. Wie bekannt, finden dieselben vom 24. bis 26. März statt. In einer schweren Wirtschaftskrise, verbunden mit einem gewaltigen reaktionären Ansturm gegen die heutige soziale Stellung, welche sich die Bergarbeiter erst in zehnjährigen Kämpfen zu erringen vermocht hat, wird nun auch der Kampf um die Betriebsräte toben. Es ist darum bereits jetzt notwendig, Kräfte freizumachen und Vorarbeit zu leisten, soll ein Sieg der Organisation auch bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen sichergestellt werden. Die Gegnerschaft ist im verflochtenen Jahre gewachsen, weil die riesengroße Not weiterer Proletarerschichten dieses Wachstums begünstigt. Verzweiflungstimmung und Not sind ja als die besten Wegbereiter bekannt, um urteilslose Arbeiter in die Arme von unverantwortlichen Phrasendreschern und „Arbeitervertretern“ treiben zu können.

Mit dem Anwachsen der damit verbundenen Gefahr muß aber auch die Kraft der freizewirtschaftlich organisierten Bergarbeiter wachsen. Gerade in den letzten Monaten hat sie bereits gezeigt, wie sie Disziplin zu wahren gewohnt ist, wo unheilvolle Verzweiflungstimmung auf sie lastet, gerichtet gegen ein von der Lohnbauphysiose beherrschtes Unternehmertum. Aber nicht allein gegen dieses, sondern auch gegen dessen Helfershelfer, mögen sie sich nennen wie sie wollen, wird ein verschärfter Kampf notwendig sein. Den gelben Unternehmern erlösende Maßnahmen ist ja die Maske durch die Organisation bereits heruntergerissen worden. Ihnen wird ein vernünftig denkender Bergarbeiter wohl kaum mehr nachlaufen, mögen sie auch weiter versuchen, die Bergarbeiterschaft mit allen möglichen Mitteln zu ködern. Zumindest bleibt der gelbe „Deutsche Arbeiter“ solange gerichtet, bis er sich selbst gereinigt hat. Eine größere Gefahr bilden die Nationalsozialisten. Wildgewordene Kleinbürger versuchen hier, mit Hilfe einer urteilslosen Masse sich an die Macht zu bringen. Der gewisse Erfolg, der den Nazis bei den Reichstagswahlen beschieden worden ist, genügt ihnen nicht. Sie wollen auch das Betriebsräteamt für sich als Tummelplatz auserkennen. Ein Parteil jedoch, die von Offizieren, Unternehmern und Akademikern geführt wird, wird nie ein ernst zu nehmender sozialer Gegner im Betriebe sein. Ihre Phrasen sind bereits durch ihre Taten selbst genug gekennzeichnet. Sie sind alles andere als „Arbeitervertreter“, mögen sie auftreten wo sie wollen. Ebenso werden die Kommunisten und ihr Anhang alles mögliche versuchen, um einen stärkeren Einfluß in den Betrieben durch die Betriebsräte zu bekommen. Nachdem der sogenannte „Einheitsverband“ mit viel Theatergeschrei gegründet worden ist, muß er bei den Betriebsrätewahlen seine Daseinsberechtigung doch beweisen können, soll er nicht bei den obersten politischen Drahtziehern durchfallen. Aber wie die

Organisation mit der Union, so wird sie auch mit dem neugegründeten Einheitsverband fertig werden, denn kommunistischen Forderungen nachgeben heißt, dem Faschismus in Deutschland die Möglichkeit zu seiner Entfaltung selbst zu geben. Vom fagenhaften dritten Reich kann aber nur allein der Unternehmer befreit sein, weil die Führer desselben ja derselben Klasse angehören.

Schon jetzt muß Vorarbeit zu den Betriebsrätewahlen geleistet werden, die noch planmäßiger als in der Vergangenheit zu geschähen hat. Unsere Funktionäre sowie alle organisierten Kameraden müssen sich bereits jetzt alle „Größen“ von rechts und links im Betriebe richtig ansehen. Dem Unorganisierten zeige man die Zusammenhänge insbesondere zwischen Nationalsozialismus und Unternehmertum. Material bietet sich genug für denjenigen, der gewohnt ist, mit offenen Augen die heutigen Vorgänge zu betrachten. Dieses Material, gesammelt und richtig angewandt, wird seine Wirkung nicht verfehlen. Den Kommunisten und den sogenannten „Einheitsverbänden“ ist ihre eigene Handlungsweise, insbesondere aus ihren letzten Streiks, aufzuzeigen. Gerade anlässlich der letzten Streiks gab es KPD-Größen genug, die sich in unverantwortlicher Straßhege nicht genug tun konnten, selbst aber entweder arbeiteten, sich abmühten, fränkelteten oder sich vorher beurlauben ließen.

Weiter ist dort, wo auf Veranlassung unserer Betriebsräte Belegtagungsversammlungen abgehalten werden, für eine gute Versammlungsorganisation Sorge zu tragen. In den Versammlungen müssen sich unsere Funktionäre sowie Kameraden noch aktiver als bisher betätigen. Aber auch in allen Fällen, wo Konzis und Nazis geordnete Versammlungen unmöglich zu machen versuchen, ist immer noch genug Spielraum für eine wirksame Vorarbeit vorhanden. Es lassen sich zwar nicht allgemeingültige Richtlinien, passend für alle Verhältnisse, festlegen, aber eine planmäßige örtlich und betrieblich bedingte Vorarbeit ist möglich.

Die Parole der freigewirtschaftlichen Bergarbeiterschaft heißt: Herunter mit der Maske dieser Arbeitervertreter! Das Betriebsräteamt darf nicht der Tummelplatz solcher Menschen sein! Unsere Organisation hat schon manche kritische Situation siegreich überstanden und wird sich auch in dieser überaus schweren Zeit durchsetzen. Wo aber die herrschende politische Verwirrung zu „schleichenden Beweisen“ greifen sollte, werden unsere Kameraden schon als Männer sich kräftig ihrer Haut zu wehren wissen. Unser Hauptkampf gilt nach wie vor dem brutalen Unternehmertum sowie seiner für die Bergarbeiterschaft so katastrophalen Wirtschaftsweise. Wir haben aber alle Ursache, auch den sogenannten Arbeitervertretern die organisierte Faust entgegenzuhalten! Nur solche Betriebsräte sind in der Lage, ihren Pflichten im Interesse der Belegschaft nachzukommen, die sich nicht auf ein leeres Maulheldentum, sondern auf eine starke Organisation stützen.

Arbeitsgelegenheit im belgischen Bergbau?

In letzter Zeit hat sich ein Teil unserer Kameraden an den belgischen Bergarbeiterverband gewandt mit dem Ersuchen, ihnen in Belgien Arbeit zu beschaffen. Der belgische Verband sendet uns folgendes Schreiben, das wir hiermit unseren Kameraden zur Kenntnis bringen:

„Deutsche Bergarbeiter wenden sich immer noch an uns mit der Frage, ob es nicht möglich sei, Arbeit zu bekommen. Wir bitten euch, den Kameraden mitzuteilen, daß keine Möglichkeit besteht, ihnen in Belgien Arbeit zu beschaffen.“

Im Steinkohlenbergbau direkt ist die Arbeitslosigkeit noch nicht so groß, aber die Halbenbestände sind jetzt schon größer als je zuvor. 2,5 Mill. T., d. h. mehr als die Produktion eines Monats, liegen auf den Halben. Es ist damit zu rechnen, daß auch jetzt im Steinkohlenbergbau die Arbeitslosigkeit größer wird.

Da wir in Belgien fast 200 000 Arbeitslose haben, muß jeder Ausländer, der in Belgien Arbeit aufnehmen will, eine Erlaubnis der belgischen Gesandtschaft oder des belgischen Konsuls haben. Um diese Erlaubnis zu erhalten, muß der Bewerber einen durch den belgischen Arbeitsminister genehmigten Arbeitsvertrag vorlegen. (Verordnung vom 15. Dezember 1930.)

Wie daraus zu ersehen ist, ist es mit großen Schwierigkeiten verbunden, in Belgien überhaupt Arbeit zu bekommen. Wir möchten deshalb die Kameraden warnen, nach Belgien zu gehen.

Diese Schilderung entspricht dem, was Eingeweihte schon lange über die Bewegung wissen. Auf Grund dieser Schilderung warnen wir die Bergarbeiter des hiesigen Reviers vor Befolgung der kommunistischen Parolen, denn später werden auch die von dem Mißerfolg ihrer propagierten Bewegung überzeugten Strategen andere für ihre Schuld verantwortlich machen. Sie haben bis jetzt nur immer größeres Elend über die Arbeitermassen gebracht und werden es auch in Zukunft bringen.

Vor allen Dingen rufen wir aber den Arbeitern des Waldenburger Reviers zu: Zeichnet nicht auf die Sammellisten und nehmt keine Marken ab! Laßt diejenigen, die in unverantwortlicher Weise das Geld herausgeworfen haben, für die Deutung aufkommen. Lehnt deshalb alle unsinnigen Parolen der Zersplitterer ab und folgt den Anweisungen der Organisation.

Aus dem Saargebiet.

Zur Kündigung des Lohntarifs.

Die Bergwerksdirektion hat den Lohnarif gekündigt in der Absicht, die Löhne zu reduzieren. Sie hat bei einer Verhandlung mit den Gewerkschaften schlechte Lage der Saargruben vorgeführt. Ein Abstrich auf allen Gebieten sei zu verzeichnen. Die Metallindustrie des Saargebietes habe ihren Kohlenbezug um 30 Proz. verringert. Die Konkurrenz des Auslandes sei sehr stark. Ruhrkohlen seien infolge der günstigen Frachttarife in Straßburg billiger als Saarkohlen. Selbst Holland und Belgien machen auf dem französischen Kohlenmarkt Konkurrenz.

Um die Absatzverhältnisse zu bessern, hat man die Kohlenpreise der Schwerindustrie im Saargebiet um 15 Proz. ermäßigt. Die Ermäßigung auf dem Absatzmarkt in Deutschland betrug 3 Mr. oder 18 Fr. Selbst den französischen Abnehmern mußte eine Kohlenpreisverbilligung zugestanden werden, trotzdem sich im Preis der französischen Kohle eine Veränderung nicht bemerkbar macht. Nach Angabe der Direktion sollen die Löhne in Frankreich für die Untertagearbeiter 5 Fr. und für Überbergarbeiter 10 Fr. geringer als im Saargebiet sein. Dazu kämen als Mehrkosten der Saargrubenverwaltung die Gewährung von Urlaub, sozialen Leistungen und größeren Mengen Deputatlohn. Auch seien die französischen Gruben infolge besserer Kohlen- und Flözverhältnisse rentabler als die Saargruben. Die Kohlenpreisherabsetzung soll nach den Angaben der Bergwerksdirektion mit sich bringen, daß mit einem Verlust von 7 Zr. pro Tonne gearbeitet wird. Jede Feierschicht bedinge einen Zuschuß von 1,2 Mill. Fr. für die notwendige Inbetriebhaltung.

Die Löhne der durch ihre Arbeit gesundheitlich schwer gefährdeten Bergarbeiterschaft sind aber bereits durch die vielen Feierschichten, welche im Jahre 1930 pro Kopf der Belegschaft einen Lohnausfall von 870 Fr. verursachten, geschmälert. Bei dem Massenunglück in Maybach haben Regierung und Bergverwaltung die schwere Bergmannsarbeit anerkannt. Trotzdem sind die Bergarbeiter wieder mit der ersten, denen die unzureichenden Löhne gekürzt werden sollen. Die heute im Saarbergbau beschäftigten 57 300 Arbeiter liefern dieselbe Produktion wie vor fünf Jahren 73 000 Arbeiter. Das ist ein Beweis der starken Leistungssteigerung innerhalb weniger Jahre. Die Grubenverwaltung hat im letzten halben Jahre 1930 die gezahlten Einzellöhne, soweit sie über dem Tarif lagen, bereits stark reduziert. Eine Lohnherabsetzung würde daher die Kaufkraft und Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter stark mindern. An eine Preisherabsetzung ist im Saargebiet nicht zu denken. Die französischen Indezahlen sind bei der Stabilisierung des Franken gestiegen und es wird die Preisgestaltung durch die Einfuhr aus Frankreich nicht günstiger werden können. Der Versuch der Reichsregierung, die Preise zu senken, hatte ebenfalls nicht den gewünschten Erfolg.

Die Lohnarifkündigung im Saarbergbau beweist, daß Frankreich dem Saarbergbau nicht die Beachtung schenkt, zu welcher der Besitzer der Gruben verpflichtet ist. Die Leistung im Saarbergbau ist um ein Drittel höher als in Frankreich; und wenn Löhne und soziale Lasten stärker sein sollten, dann wird das eben durch die höhere Leistung aufgehoben. Die Bergarbeiter wehren sich mit Recht gegen eine Verringerung ihrer Kaufkraft. Der französische Staat hat von 1920 bis 1928 nach den vorliegenden Zahlen einen Gesamtüberschuß von 631,8 Mill. Fr. erzielt, hat daher die Verpflichtung, in Krisenzeiten auf hohe Gewinne zu verzichten und Ueberflüsse in guten Konjunkturjahren zur Ueberwindung der Krise zu verwenden.

Von den Lohnverhandlungen.

Nach Kündigung des Lohnarifvertrages durch den Arbeitgeber fanden am 3. Februar Verhandlungen statt. Unter Berufung auf die Lage des Saarbergbaues, welcher zur Zeit mit Verlust arbeite, sowie auf die Indeziffer, welche im Febr. 1929 632 und im Januar d. J. 634 betrug, beantragten die Vertreter der Direktion, den Multiplikator auf 1. März von 1,38 um 13 Punkte, d. h. auf den Stand vom 1. Februar 1929, herabzusetzen. Die Herabsetzung entspricht einem Multiplikator von 1,25 oder einer Lohnverminderung um 9,4 Prozent.

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten unter Berufung auf die bereits verminderte Kaufkraft der Bergarbeiter, hervorgerufen durch die Feierschichten, eine solche Lohnherabsetzung ab.

Der Verband macht nichts!

Zu den Redewendungen der Beitragscheuen und fertigen Menschen gehört vor allen Dingen: „Der Verband macht nichts!“ Es tut, wie es mir scheint, bitter not, sich mal mit dieser Frage zu beschäftigen und zu untersuchen, wie weit das der Wahrheit entspricht. Bedauern muß ich sehr, daß selbst Mitglieder, die seit 1912 dem Verbands angehören, sich zu solcher Äußerung versteigen. Doch versuchen wir, die kausalen Zusammenhänge zu ergründen. Die meisten Kameraden vergessen oder haben es noch nicht erfaßt, daß die freien Gewerkschaften von der reinen Kampfnatur zur Wirtschaftsorganisation übergegangen sind, d. h. sie tragen die Verantwortung für die Wirtschaft mit. Diese Verantwortung ist nicht gering. Leider wissen die Kameraden diese Verantwortung und auch das Arbeitsfeld, das hieraus erwächst, nicht zu schätzen. Welche ungeheuren Anstrengungen müssen die Führer aufwenden, um in der Sozialverrechnung, die sehr umfangreich ist, den Kameraden das zu sichern, was notgedrungen zum Leben notwendig ist. Welch umfangreiches Gebiet ist der Rechnung, zu ermessen nur von dem, der sehen will, und dem, der mit der Materie vertraut ist! Weiter hinzu kommen die vielen Tarifverhandlungen, die jährlich auch einen gewaltigen Umfang erreichen.

Dies alles sind scheinbar Aufgaben von nebensächlicher Bedeutung. Ist dies gewaltige Arbeitsgebiet tatsächlich so gering einzuschätzen und mit den Worten: „Der Verband tut nichts!“, abzufertigen? Ja, Kameraden, nehmt es mir nicht übel, wenn ich sage: solange ihr diese Ansicht vertrittet, ist es ausgeschlossen, daß es uns besser gehen kann. Es ist nur Wasser auf die Mühlen der Unternehmer. Doch erlaubt mir, zur Illustration eine Unterredung mit Beamten zu erwähnen. Diese spielte sich ab gelegentlich der jüngsten Verhandlungen in der Kaliindustrie. Im Laufe der Unterredung sagte ich: „Besonders aufgefallen ist mir, daß gerade die Unorganisierten mich beströmt und nach dem Ausgang der Verhandlungen befragt haben, ein Zeichen dafür, daß auch sie ein großes Interesse daran haben, den Lohn zu behalten.“ Die Antwort: „Ja, das ist selbstverständlich, daß auch sie das größte Interesse an der Erhaltung des Lohnes haben. Sehen Sie mal hin, ich brauche auch nicht organisiert zu sein, ich bekomme mein Gehalt doch. Aber ich will mich doch nicht von meinen Kollegen schief ansehen lassen und als Schuft zwischen ihnen herumlaufen. So wie die Dinge heute liegen, geht es ohne Gewerkschaften nicht mehr.“ Kameraden, ich habe dieser Charakterisierung nichts hinzuzusetzen!

Sch möchte mal sehen, wenn wir keine Gewerkschaften hätten, unter welchen Bedingungen wir dann arbeiten müßten! Wie würde es in der Sozialverrechnung aussehen, was würde mit der Arbeitslosenversicherung geschehen? So unzulänglich das alles ist, so bewundernswert ist der zähe Kampf der Gewerkschaften, die es trotz der ungeheuren Krise, die die ganze Welt durchzieht, noch fertiggebracht haben, die Sozialversicherung auf dem eben noch erträglichsten Maß zu halten. Aber warum diese Unternehmung der so komplizierten Arbeit? Sind sich die Kameraden auch bewußt, welche Voraussetzungen diese Arbeit erfordert? Ist es heute noch möglich, Führer ohne Vorbildung an den Verhandlungstisch zu senden? Wenn diese Fragen klar sind, warum denn aber diese niedrige Gesinnung? Ich kann mir aber vorstellen, wo dieses alles herkommt. Man ist doch heute nur noch stark und leistet was, wenn man „Revolutionär“ ist, vor allen Dingen klingt das besser. Aber „Revolutionär“ ist ein Schlagwort, ohne seine wahre Bedeutung besagt das Wort nichts. Und wer die Bedeutung dieses Wortes erfaßt hat, der erfaßt auch die Arbeit der heutigen Gewerkschaften.

Darum, Kameraden, nicht Phrasen dreschen, sondern versuchen, den Inhalt des Lebens kennenzulernen, dann erst werden diese beleidigenden Anwürfe gegen die eigenen Führer verschwinden. Nur eine geschlossene Front der Arbeiter kann der gut organisierten Front der Unternehmer einen mächtvollen Damm entgegensetzen. Darum hinein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands! Wilh. Flügge.

Bezirk Niederschlesien.

Aus dem kommunistischen Laden.

Seit längerer Zeit hat die kommunistische Partei im Bezirk Waldenburg die Belegschaftsmitglieder des Bergbaues mit Versammlungen und Flugblättern überschwemmt, um ihnen nachzuweisen, daß sie auf Wunsch der kommunistischen Drahtzieher streiken müssen. Eingeweihten war es schon lange bekannt, daß man diese Aktion nur deshalb einleitete, um die Daseinsberechtigung verschiedener kommunistischer Funktionäre zu beweisen und die Spaltung der Gewerkschaften durchzuführen.

Wie in Wirklichkeit diese Scharlatane über die von ihnen propagierte Aktion denken und wie sie den Erfolg einschätzen, geht aus dem untenstehenden Bericht hervor, der uns von einem Teilnehmer einer kommunistischen Funktionärenkonferenz, welche am 20. Januar d. J. in der „Stadtbrauerei“ stattfand, zugeht.

Die Konferenz, an der der jetzige kommunistische Sekretär für Waldenburg, der Reichstagsabgeordnete Becker, sowie ein gewisser Brodke (Brestau) teilnahmen, gibt einen Einblick in das Durcheinander, welches in der kommunistischen Partei und der von ihr gegründeten Roten Gewerkschaftsopposition vorhanden ist. Nach dem uns zugegangenen Bericht hatte Becker das Referat über die jetzige Streikwelle. Er schilderte vor allen Dingen den Streik im Ruhrgebiet und in Oberschlesien und machte darauf aufmerksam, daß trotz der ungeheuren Mittel, die für Flugblätter, Versammlungen und Konferenzen ausgegeben seien, die kommunistischen Funktionäre in diesen Revieren verjagt hätten. Er sagte, daß diese Funktionäre in den Konferenzen wohl den Streik beschloßen, aber zum großen Teil nicht daran gedacht hätten, aus dem Betrieb herauszugeben. (Was wörtlich stimmt. Die Red.) Auf dieses Verhalten sei der Mißerfolg in diesen beiden Revieren zurückzuführen.

Für das Waldenburger Revier erklärte Becker, daß die Loyalität der kommunistischen Funktionäre sowie das schlechte Organisationsverhältnis der Partei und der RGO. schuld daran seien, daß hier im Revier jede Bewegung verpuffe. Vorwürfe machte er den Funktionären, daß sie über die Fortschritte, die die Arbeiter zum Streik bereits gemacht hätten, falsche Berichte an die Zeitung gegeben haben und daß durch diese falschen Berichte es der kommunistischen Zeitung bis jetzt nicht möglich gewesen sei, einen Ueberblick zu gewinnen; deshalb hätte auch gleichzeitig mit dem Ruhrgebiet und Oberschlesien die Streikbewegung hier nicht einsetzen können.

Es sei ein Zeichen der Zeit, daß die von der Zeitung herausgegebenen Befehle von den Funktionären in den Betrieben nicht befolgt würden. Wenn auch bis jetzt ein Erfolg nicht zu verzeichnen gewesen sei, so müsse doch auf jeden Fall die Agitation fortgesetzt werden, denn gestreikt werden müsse in Waldenburg auf jeden Fall. Der Streik sei notwendig, um auch hier den Roten Bergarbeiterverband aus der Laufe zu heben. Becker begnügte sich in diesem Zusammenhang selbst mit einem Teilstreik, während er allgemein Anhänger des Generalstreiks ist. Er sagte, daß es auch genüge, Streiks zu proklamieren, die nur zwei Tage dauern.

Nachdem sämtlich Referenten der kommunistischen Partei monatelang bereits den Streik gepredigt haben und die Deffektivität immer wieder in Flugblättern und Zeitungsartikeln darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß die niederschlesischen Bergarbeiter von der kommunistischen Partei für den Streik vorbereitet seien, müsse man den Worten auch Taten folgen lassen. Den Funktionären der kommunistischen Partei gab er den guten Rat, bei der Einleitung des Streiks sehr vorsichtig zu sein, damit sie nicht sofort entlassen würden.

Dieses kann unseres Erachtens nur als eine Aufforderung an die Funktionäre, in den Betrieben zu bleiben und die anderen streiken zu lassen, angesehen werden. Diese Taktik liegt durchaus in der Richtung, die Becker aus dem Ruhrgebiet und Oberschlesien schilderte, die aber in Wirklichkeit dort noch viel krasser in Erscheinung getreten ist. Nach Informationen, die wir aus diesen Bezirken erhalten haben, nahmen nämlich bei Proklamierung des Streiks im Ruhrgebiet etwa 2500, in Oberschlesien sogar über 4000 Kommunisten den Krankenschein.

